

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 122.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 18. Oktober 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Sie werden wieder munter . . . !

„Die ganze Richtung paßt mir nicht!“
Ignaz Kuer in Leipzig 1901.

Was wir mit der Sicherheit einer Naturerscheinung vorausgesehen, ist eingetroffen, nämlich die Bekämpfung unsers Tarif- und Organisationsvertrags durch die sozialdemokratische Parteipresse. Zwar gibt es darunter sehr rühmensewerte Ausnahmen, auf die wir ebenfalls zu sprechen kommen, aber die führenden Organe der Partei haben sich noch nie für die Interessen der Gewerkschaften so ins Zeug gelegt, als es jetzt gegen die Buchdrucker geschieht. Man mittelt Morgenluft und fürchtet das praktische Beispiel der Buchdrucker für die Gewerkschaftsbewegung; man muß einsehen, daß eine jakobinische Form der Agitation zwar kräftige Worte und Resolutionen zeitigt, aber für eine positive Verbesserung der Arbeiterverhältnisse nicht in Betracht kommt. Man lebt im idealen Wahne des Massenstreiks, der doch noch einmal die Generatabrechnung mit dem Unternehmertum bringen wird, und will alle Kräfte der Arbeiterschaft auf diesen Punkt „konzentrieren“, um „gegebenenfalls“ die herrschende Gesellschaft „in sprühende Fegen zu schlagen“. Mit einem Worte: den fanatischen Radikalen ist jeder Schritt verhasst, der vom Wege der ohnmächtiger Phrase abtritt und sich in der Praxis des Lebens mit dem abfindet, was ist. Nur, daß diese neueste Bekämpfung der Gehilfenführer in Verbände niemand überraschend kommt. Seit es einen Buchdruckerverband gibt, ist er in allen Zeitläuften von dem „Wohlvollen“ der Partei getragen gewesen, und in allen Jahrgängen des „Korr.“ ist das durch Tatsachen erhärtet.

Es steht uns in diesen Tagen mit seinen haftenden und überstürzenden Erscheinungen in unsrer Organisation nicht die Zeit zur Verfügung, durch viele Nummern hindurch uns mit den geschichtlichen Tatsachen der Bekämpfung des Verbandes durch die Organe der sozialdemokratischen Partei zu befassen, wir müssen vielmehr mitten hinein uns in die momentane „Weiseführung“ begeben, mit welcher in der Parteipresse das bei den jüngsten Tarifverhandlungen Geschaffene unsern Kollegen zu verkehrt gesucht wird. Und kein Mittel wird hierbei gescheut, um den Zweck zu erreichen, die Kollegenschaft aufzuheben und zu zersplittern, die Organisation unfähig zu machen, ihren Aufgaben gerecht zu werden und zum Wohle des Ganzen übernommene Pflichten zu erfüllen. Es gibt in Deutschland keine Gewerkschaft, die sich eine solche Bevormundung durch die sozialdemokratische Partei im Laufe der Jahre hätte gefallen lassen wie die der Buchdrucker. Die Beschimpfungen, die seit 40 Jahren von Parteiseite auf unsern Verband gehäuft worden sind, besonders aber in den 70er und 80er Jahren und im letzten Jahrzehnt, hätten nach menschlichem Ermessen schon längst dazu führen müssen, dieser Partei den Fehdehandschuh hinzuwerfen, die es nicht zu verhindern gewillt ist, daß eine der mustergültigsten Gewerkschaftsorganisationen fortgesetzt von jedem durch Gottes Zorn in eine Parteiblatt-Redaktion hineingeworfenen Phrasen an Obre und Ansehen geschädigt wird. Die traurigsten Kameraden waren in diesem Falle leider nur allzuhäufig unsere eignen Kollegen, die mit der Beschimpfung

ihrer eignen Organisation und ihrer Führer sich das Verdienst eines tüchtigen Parteigenossen bei den anderen Arbeitern erwarben und noch erwerben. Die Gesamtkollegenchaft aber hat das im großen und ganzen immer als selbstverständlich hingenommen, und nicht selten hat man aus Gehilfenkreisen diese Kampfesweise radikaler Genossen noch akkompagniert. So 1896 und auch jetzt wieder. Daraus erklärt sich auch, daß stets diejenigen Verbandsführer, sie mochten heißen wie sie wollten, welche gegen diese Angriffe aus Parteikreisen reagierten, ganz besonders aufs Korn genommen wurden, weil man hoffte, mit ihrer Beseitigung die unumschränkte Herrschaft über den Verband zu gewinnen. Zwar haben die Feinde des Verbandes im radikalen Lager sich regelmäßig dabei verspekuliert, aber sie haben die Versuche nicht aufgegeben, immer von neuem wieder gegen diese Führer anzustürmen, und wie strupplos sie in der Wahl ihrer Mittel sind, beweisen die Tatsachen der Verantwortung einer Sonderorganisation im Jahre 1897 und deren bedingungslose Unterstützung durch weite Parteikreise. Wie das Treiben jetzt wieder in der Parteipresse anhebt, unterlegt es keinem Zweifel, daß man auch 1906 nicht davor zurückschrecken wird, Sonderbestrebungen in unseren Reihen die Wege zu ebnen, und sollte man bloß damit erreichen, daß der Verband in seiner Arbeit lahmgelegt wird, um daraus wiederum die „Dhnmacht“ der heutigen Verbandsleitung zu demonstrieren. Diese verheerende Bühlarbeit geht unter der Deklaration „Förderung von Arbeiterinteressen“ in die Welt hinaus, und nicht wenige gibt es in unseren Reihen, die diese armseligen Versuche, gegen jede positive Arbeit anzukämpfen, für sehr verdienstlich halten.

Mit „sachtechnischem“ Beiräte ausgerüstet, geben sich denn „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ die erdenklichste Mühe, unsre Organisation in die Gäßgasse leerer Demonstrationen zu drängen, am liebsten aber in einen ausichtslosen Streik. Seit mehr als einem Jahrzehnte haben alle großen Streiks Niederlagen für die Arbeiter im Gefolge gehabt, während der Verband in dieser Zeit intakt blieb und doch von Erfolg zu Erfolg schritt. Kämpfe, wie die der Crimmitschauer Textilarbeiter, denen es unmöglich war, trotz der Unterstützung von ganz Deutschland den Elftundentag zu beseitigen, wurden am Ausgange von der Parteipresse noch als ein moralischer Sieg gebühert, die Niederlagen vieler anderen Organisationen waren für Blätter à la „Leipziger Volkszeitung“ um deswillen ein „Sieg“, weil es den Unternehmern nicht gelang, die Organisationen der Arbeiter zu zerrümmern. Die Buchdrucker aber, die nicht nur bei den diesmaligen Tarifverhandlungen erreichten, daß ihre Organisation als gewerblicher Faktor zur Anerkennung gelangte, sondern außerdem eine zehnprozentige Lohnerhöhung und die 53 1/2 stündige Arbeitswoche als Erfolg einer friedlichen Vereinbarung errangen, werden in schärfster Weise verurteilt, weil sie nicht durch eine radikale Taktik die Verhandlungen resultatlos verlaufen ließen und so die großen Theoretiker der Partei der Möglichkeit beraubten, „festzustellen“, daß auch der Buchdruckerverband die Unmöglichkeit eines friedlichen Ausgleiches mit dem Unternehmertum eingesehen und

lediglich nur noch auf dem Wege des Kampfes seine Forderungen durchsetzen könne. Gerade die Haltung der führenden Parteipresse ist uns der beste Beweis dafür, daß sie bei einem eventuellen Abbruche der Verhandlungen eine Stimmung in unseren Reihen erzeugt haben würde, welche mit fliegenden Fahnen hätte in den sofortigen Kampf führen müssen. Zu der Niederlage der Buchbinder wäre dann noch die der Buchdrucker gekommen und mit ihr im Gefolge die ganze Trostlosigkeit hoffnungsloser Zustände, für immer verpaßter Gelegenheiten und rettungsloser Verzweiflung. Heute werden aus unseren Reihen den Gehilfenführern die verächtlichsten Sottissen an den Kopf geworfen, weil sie sich mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung zufrieden gegeben, im Falle einer sichern Niederlage aber wären die Wogen der Empörung über die pflichtvergessenen Führer zusammengeschlagen, welche trotz der zehnprozentigen Lohnerhöhung die Gehilfenchaft in einen verlorenen Streik gestürzt. Doch was kümmert das eine gewisse Richtung in der Parteipresse, die mit heißem Sehnen seit Jahren auf die Gelegenheit gewartet, endlich einmal mit der „Harmoniebesetzung“ in unsern Verbände aufzuräumen zu können! Bei ihr war die Gehilfenleitung schon vor den Tarifberatungen verurteilt, weil ja jeder vernünftige Mensch wissen mußte, daß die äußersten Forderungen der Gehilfen in vollem Umfange durchzusetzen ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Die Forderungen der Arbeiter sind stets berechtigt, ob sie aber durchführbar sind, darauf allein kommt es im Wirtschaftsleben an. Wenn wir daher 15 Proz. Erhöhung der Grundpositionen forderten und eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag, so dürfte es keinen einsichtigen Kollegen im Verbände geben, der an die Möglichkeit der Erreichung dieser Forderungen auf dem Vereinbarungswege dachte. Sonst hätte man sich ja die Verhandlungen sparen und den Prinzipalen auf schriftlichem Wege Kenntnis von unseren Forderungen geben können mit der Motivierung, bei Ablehnung derselben auf dem Wege des Kampfes das Verweigererte zu erlangen zu suchen. Dann hätte auch die Dresdener Generalversammlung den Antrag der Berliner Kollegen auf Tarifkündigung annehmen und nicht beschließen sollen, bloß eine Tarifrevision vorzunehmen, oder man hätte es der Verbandsleitung überlassen sollen, im gegebenen Augenblicke von beiden das Wünschenswerte zu wählen. Da ferner Berlin seinerzeit nur eine 12 1/2 prozentige Lohnerhöhung forderte, so ist diese Forderung für Berlin auch erreicht, denn für Berlin macht die Lohnerhöhung 12 1/2 Proz. aus, für Straßburg sogar etwas über 13 Proz. Man muß also trotz der von Berlin erfolgten Ablehnung des Tarifes andere Gründe vermuten, die zu dieser Verwerfung des Tarifes geführt haben. Und man geht nicht fehl, wenn man sie in der hegerischen und wahrheitswidrigen Darstellung des Tarifvertrages in der Parteipresse sucht. Was sich hier der „Vorwärts“ mit seinem Einflusse als Berliner Lokalblatt geleistet hat, läßt ja die Abstimmung unserer Berliner Kollegen erklären erscheinen. Da der „Korr.“ in Berliner Kollegenkreisen nur eine verschwindende Anzahl Abonnenten besitzt, muß naturgemäß der Einfluß des Berliner Parteiorgans

ein desto größerer sein. Das ist durch die Abstimmung am Sonntag erwiesen. Da der „Korr.“ wöchentlich nur dreimal erscheint, ist der „Vorwärts“ mit seiner Heftarbeit uns immer einige Herbelängen voraus, die er auch weiblich auszunützen versteht. „Traue dem Vorwärts nicht“, schrieb uns einmal vor Jahren ein bekannter Berliner Kollege, welche Mahnung wir allerdings nicht nötig hatten, denn seit 1896 haben wir ihm nicht über den Weg getraut. Und unser Mißtrauen ist stets prompt gerechtfertigt worden.

Wie gesagt, das wöchentlich nur dreimalige Erscheinen des „Korr.“ wie die dringlicheren Arbeiten lassen uns erst heute zu dem Artikel in Nr. 237 des „Vorwärts“ kommen, von dem die „Sächsische Arbeiterzeitung“ sagt:

Der „Vorwärts“ bringt einen sehr eingehenden und von großer Sachkenntnis zeugenden Artikel zu der Angelegenheit. Darauf kommen wir morgen näher zurück. Das Urteil des „Vorwärts“ ist vernichtend für den neuen Tarif.

Wir bedauern, dieser peremptorischen Behauptung widersprechen zu müssen. Und im übrigen fühlen wir uns auch durch das Urteil in der „S. A.-Z.“ nicht vernichtet. Da wir ferner nicht zu den „Schwarzsehern“ gehören, glauben wir sogar, daß der „von großer Sachkenntnis zeugende Artikel“ des „Vorwärts“ gar nicht einmal „vernichtend für den neuen Tarif“ wirken wird, sondern als das, was er ist, nämlich als ein Heftartikel sich von selbst abtut. Aber einige Bemerkungen möchten wir uns doch dazu erlauben. In der Spitze seines Artikels, der die mysteriöse Ueberschrift trägt: „Politik der Verständigung oder . . .?“ setzt der „Vorwärts“ ein 23 Zeilen langes Motto aus einem Artikel des „Korr.“ vom 28. August, wobei der „B.“ glaubt, seinen Lesern weiß machen zu können, daß ein aufmunternder Artikel vor den Tarifverhandlungen gleichbedeutend sei mit deren Errungenschaften selbst. Im Artikel selbst gibt man sich selbstverständlich die größte Mühe, auseinanderzusetzen, daß die Gehilfenschaft auf zehn Jahre hinaus ohne jede Garantie auf eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung bleiben müsse. Möchte der „Vorwärts“ nicht die Güte haben, seine Weisheit bis auf fünf Jahre zu vertragen und es dem deutschen Buchdruckerverbande überlassen, sich mit der Situation dann abzufinden? Woher weiß denn der „Vorwärts“, daß wir zehn Jahre lang zu den Arbeitsbedingungen des neuen Tarifes arbeiten müssen? Hat er das Jahr 1911 schon erlebt? Der „Vorwärts“ beduziert in den Vertrag hinein, was ihm gerade paßt, und da der „B.“ nur verurteilen will, so erklärt sich seine „Wissenschaft“ von selbst. Weiter schreibt der „Vorwärts“:

Dazu kommt die in dem oben mitgeteilten Beschlusse vorgegebene einjährige Kündigungsfrist, die den Buchdruckern im Falle einer Tarifkündigung eine Niederlage à la 1891 geradezu vorbereitet.

Verträge in solchen Formen sind wahrlich nicht mehr Sache der Buchdrucker allein. Werden sie vorbildlich, so haben sie jede fruchtbare gewerkschaftliche Tätigkeit auf!

Möglich sind solche Verträge eben nur da, wo man an die romantische Idee des sozialen Friedens, an die gemeinsamen Interessen von Unternehmertum und Arbeiterchaft als ein Evangelium glaubt. Nur wo dieser Geist herrscht, kann man sein Schicksal in die Hände des Unternehmertums legen.

Aber nicht aus sozialen Verständnisse, sondern durch die Notwendigkeit gezwungen, haben die Buchdrucker sich zur gemeinsamen Arbeit mit den Gehilfen entschlossen. Fällt der äußere Anstoß fort, wird die Tarifgemeinschaft durch die Entwicklung der Verhältnisse für das Unternehmertum zu einer ökonomischen Fessel, dann werden sie rücksichtslos die soziale Maske beiseite werfen. Und dieser Zeitpunkt ist näher, als mancher glauben möchte!

Da man im „Vorwärts“ die Geze gegen die Buchdrucker nur dann treibt, wenn einigermaßen Aussicht besteht, die Massen gegen die Leitung einzunehmen, und inzwischen sich den Teufel um die Entwicklung des Generves und unser stilles Arbeiten kümmert, so ist es weiter nicht verwunderlich, daß den guten Leuten der ganze Zusammenhang unserer tariflichen Verhältnisse verloren geht. Die einjährige Kündigungsfrist besteht nämlich unter der neuen Tarifgemeinschaft schon seit 1896, ohne daß der „Vorwärts“ Veranlassung genommen hätte, zu sagen, solche Verträge „sind wahrlich nicht mehr

die Sache der Buchdrucker allein“. Vorläufig muß der „Vorwärts“ schon gestatten, daß die Buchdrucker sich nie und nimmer von der Sozialdemokratie vor-schreiben lassen, welche Verträge sie abzuschließen haben. Das werden wir nach wie vor tun, wie es uns beliebt. Und wenn es dem „B.“ nicht paßt, kann er ja darüber schimpfen, aber er kann nicht verlangen, daß sein ohnmächtiges Schimpfen jemand ernst nimmt. „Durch die einjährige Kündigungsfrist würden Niederlagen à la 1891 geradezu vorbereitet.“ sagt der „Vorwärts“ — ohne zu berücksichtigen, daß 1891 die Gehilfenschaft in den Kampf trat, ohne das Ende der Gültigkeitsdauer des Tarifes abzuwarten. Würde die Prinzipalität bei einer späteren Tarifvereinbarung, also 1911, den berechtigten Wünschen der Gehilfen ein brisantes Nein entgegenzusetzen, wäre es kaum möglich, die Gehilfenschaft von einer sofortigen Aufnahme des Kampfes zurückzuhalten. In solchen Fällen steht eben die „einjährige Kündigungsfrist“ auf dem Papiere, das weiß man auch im „Vorwärts“, aber man will es nicht wissen, weil man sonst den gewollten Zweck nicht erreichen könnte. Frisch und munter beduziert man also darauf los, daß durch das, was im Ernstfalle gar nicht besteht, „jede fruchtbare gewerkschaftliche Tätigkeit“ aufgehoben wird.

Aber freilich, „möglich sind solche Verträge eben nur da, wo man an die romantische Idee des sozialen Friedens, an die gemeinsamen Interessen von Unternehmertum und Arbeiterchaft als ein Evangelium glaubt.“ Wir glauben so wenig an die Revolutionsromantiker wie an die Friedensromantiker, aber wir glauben, daß es in einem Gewerbe verschiedene Berührungspunkte gibt, wo die Interessen beider Teile konform sind. In letzter Nummer haben wir das schon näher ausgeführt. Solche Interessen umfaßt eben unser Tarifvertrag, und nur, soweit er in Betracht kommt, ist von einem Zusammengehen beider Teile die Rede. Und hoffentlich bleibt es dabei. Zum Zwecke der Verhegung macht aber der „Vorwärts“ ein „Evangelium“ daraus und wäscht uns die Schicksale der Organisation in die Hände der Unternehmer legen. Wenn das noch ein objektives Urteil und die von der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ gepriesene „große Sachkenntnis“ des „Vorwärts“ sein soll, dann fehlt uns jeder Begriff für das, was Sachkenntnis ist. Das Bestreben aber, in einem Gewerbe den Frieden unter für die Arbeiter günstigeren Verhältnissen aufrechtzuerhalten, dünkt uns bei der heutigen wirtschaftlichen und gewerblichen Konstellation würdiger, als die Massen durch solche aufreizende, innerlich unwahre, falsche und bewußt böswillige Behauptungen in Not und Glend stürzen. Wir wissen ja, daß wir durch die gegenwärtige Verbandsstaffel den Revolutionsromantikern das Konzept verderben, denn wie schön würde sich für die Glendstheoretiker ein am Boden liegender Buchdruckerverband als Demonstrationsobjekt ausnehmen! Aber so lange die gegenwärtige Verbandsleitung am Ruder ist, wird sie den neuen Männern im „B.“ den Verband nicht zu Vivisektionszwecken ausliefern. Der „B.“ sieht ferner den Zeitpunkt in die Nähe gerückt, daß die Tarifgemeinschaft für das Unternehmertum zu einer ökonomischen Fessel wird; in diesem Falle wird das Unternehmertum „rücksichtslos die soziale Maske beiseite werfen.“ Wir hören wie der „B.“ das „Gras“ zwar nicht wachsen, aber die ganze Kulturentwicklung weist immer zwingender auf die Tatsache hin, daß es auch in Deutschland mit dem Standpunkte des „Herrn im Hause“ bergab geht. Jeder Tag schafft neue Kultur, jeder Tag bringt alte Formen zum Absterben und setzt bessere, zeitgemäßere an deren Stelle. „Alles ist in Fluß“ und alles strebt höheren wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen zu. Und die Menschheit ist ein Ganzes, so daß alle werdende Kultur gleichmäßig alle Glieder der Gesellschaft bespült. Die Arbeiterbewegung wächst, mit ihr der Einfluß, den sie ausübt, die Bedeutung, die sie für ein Gemeinwesen besitzt. Warum kann, um im Jargon des „B.“ zu reden, nicht auch der Staat die „soziale Maske“ abwerfen und die Sozialdemokratie expatriieren, mit Bomben vernichten oder ihre Organisationen zertrümmern?

Das wäre doch die logische Schlußfolgerung aus der Deduktion des „B.“ Dem geistigen Inhalte, der materiellen Macht der Arbeiterbewegung gegenüber gibt es nur noch Zugeständnisse, aber keine aus-sichtsreiche Bekämpfung mehr. Mit dieser Tatsache haben sich die herrschenden Gewalten abgefunden. Sei es im allgemeinen, sei es in einer Berufsgruppe, wo die Arbeiter eine achtunggebietende Macht repräsentieren. Je weiter die Dinge reifen, wird die Gegensätzlichkeit zwischen den Arbeitern und dem größten Teile der bürgerlichen Gesellschaft immer geringer, und von tausenden unserer Unter-nehmer kann gesagt werden, daß ihre Interessen mit denen der Gehilfen auf dem Tarifgebiete die gleichen sind. Für die Arbeiter kommt weiter in Betracht, wie sie sich mit den Verhältnissen abfinden. Ein tüchtiger Mensch protestiert, resolu-tioniert, „kämpft“ in den Versammlungen und bleibt dabei ein Knecht, oder er läßt sich bei Gelegenheit zur Aufnahme eines Kampfes hinreißen, der beim Beginne schon verloren ist. Nicht, als ob es nicht Kämpfe gebe, die unausbleiblich und unvermeidlich sind, solche kann man aber mit den schönsten Verträgen nicht verhindern. Wo aber eine Arbeiter-organisation durch eine geschichtliche Entwicklung bestimmter Einrichtungen in einem Gewerbe uner-schütterlichen Grund und Boden unter den Füßen hat, wird sie auf ihm weiter zu wirken verpflichtet sein, wird sie auch wissen, wie weit sie zu gehen hat und wo die Grenzen ihrer Macht im gegebenen Augenblicke liegen. Darüber hinaus darf sie nicht gehen, wenn sie nicht in Jahrzehnten Er-rungenes aufs Spiel setzen, wenn sie sich beglücklich einer Vorwärtsentwicklung ihrer Interessen nicht ausschalten und aus einem schaffenden nicht ein bloß protestierender Körper werden will. Würden unsere Kollegen den Tarifvertrag verwerfen und im Kampfe versuchen, höhere Vorteile herauszu-schlagen, das wäre dann nicht bloß ein Ende mit Schrecken, sondern ein Schrecken ohne Ende. Das sagen wir auf Grund der gewerblichen Lage, und ob sie uns gefällt, kommt hierbei gar nicht in Be-tracht, sondern daß wir, so wie sie ist, ihr uns an-passen müssen. Das mag für manch einen bitter sein, aber nur der Tor und der Vogel Strauß be-sitzen die beneidenswerten Eigenschaften, nicht sehen zu wollen, was ist. Im Ganzen also, die Schar-macherei des „B.“, daß die Buchdruckerprinzipale in allerndächster Zeit „die soziale Maske beiseite werfen“ werden, ist ohne jeden tatsächlichen Anhalt zum Zwecke der Verhegung unserer Kollegen vom „B.“ mit bewußter Absicht in die Massen ge-schleudert worden. Er tragt damit seine eignen Worte über die Arbeiterbewegung litgen, denn dann wäre es nur eine Frage der Zeit, wenn jede Ar-beiterbewegung überhaupt aufhört. Aufhört, weil der „B.“ mit seinen Worten den Arbeitgebern vin-diziert, daß es in ihrer Hand liegt, wann sie mit dem „hässlichen Arbeiterbewegung“ aufräumen wollen. So weit kann bei dem führenden Parteiorgane der Haß gegen die Buchdrucker blind machen.

Ein Stück demagogischer Stimmungsmache liegt beim „B.“ auch darin, daß er unsere Arbeitslosen die „Arbeitsnachweise bevölkern“ und „die Kontor-eingänge der Druckereien belagern“ läßt. Dabei ist selbst in Berlin oft mit den größten Schwierig-keiten verbunden, einen Arbeitslosen zu finden, der geneigt wäre, eine Arbeit wenige Meilen von Berlin anzunehmen. Wenn der „B.“ bezüglich unserer Arbeitslosenziffer glaubt feststellen zu können, daß wir im Juni 6,72 Proz. Arbeitslose hatten, so hat er unehrlicherweise und in böswärtiger Absicht diese Ziffer in die Massen geworfen. Wie liegen aber die Ziffern der Arbeitslosigkeit im Ganzen? Nach-folgende Tabelle mag sie veranschaulichen und zu-gleich beweisen, mit welch empörend unehrlichen Mitteln der „B.“ „arbeitet“. Nach den Monats-berichten unserer Hauptverwaltung hatten wir Ar-beitslose:

	1906	1905	1904
Januar . . .	2,52	2,77	3,49
Februar . . .	2,52	2,17	2,14
März . . .	1,04	1,84	1,79
April . . .	1,57	1,81	2,73
Mai . . .	2,42	2,80	3,66
Juni . . .	6,72	4,78	4,15
Juli . . .	4,28	5,46	7,12

Der olle ehrliche „B.“ verschweigt seinen Lesern, daß regelmäßig im Sommer die Arbeitslosigkeit eine größere ist, so daß die Gegenüberstellung von März und Juni ein raffinierter Coup ist, den die „S. U.-Z.“ als „von großer Sachkenntnis zeugend“ der staunenden Mitwelt verkündet. Dann bedauert der „B.“, resp. er heuchelt dieses Bedauern, „daß der neue Tarif noch Kost und Logis vorsteht. Dafür liegt gar kein Bedürfnis vor.“ Für Berlin allerdings nicht, wohl aber mitunter für einen Gehilfen, der in irgend einem verlorenen Winkel kein Logis finden kann. Im übrigen mag es der „B.“ auch hier dem Verbands überlassen, warum er seit Jahrzehnten diese Bestimmung in den Tarif aufgenommen. Was der „B.“ über die Maschinen-seger schreibt, haben wir schon in letzter Nummer behandelt.

Mit besonderer Verve geht sojann der „B.“ mit dem neuen Organisationsvertrage ins Zeug, dessen Besprechung er die Ueberschrift gibt: „Die neue Aera sozialen Wirkens“. Weisheitsvoll schreibt die führende geistige Intelligenz der sozialdemokratischen Partei dazu:

Neu ist ein Abschluß in dieser Form eigentlich nur für das Buchdruckgewerbe. Im übrigen ist er in allen Berufen üblich. Darin kann man also die „neue Aera sozialen Wirkens“ nicht entdecken, von der der „Korr.“ spricht.

Ein Mensch, der dies geschrieben hat, will die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Buchdrucker im besondern „aufklären“. Er beweist, wie oberflächlich er in solch wichtigen Fragen unterrichtet ist, aber wozu auch? Daß in anderen Berufen Verträge mit den Organisationen abgeschlossen werden, ist nichts Neues, denn an wen sollten sich denn die Unternehmer wenden, wenn eine unorganisierte Masse vorhanden, die nichts weniger als geeignet ist, vertragsfähig zu sein. Da bleibt eben nichts weiter übrig, als sich mit der geringen Zahl der organisierten Arbeiter ins Benehmen zu setzen. Verträge werden doch geschlossen, damit sie zur Geltung kommen sollen, und mangels jeder greifbaren Mehrheit in dem betreffenden Berufe muß man eben an die organisierten Arbeiter herantreten und umgehört. „Über immer handelt es sich um Tarife eines beschränkten Wirkungsbereiches, während bei unserm Tarife ein ganzes nationales Gewerbe von diesem Vertrage berührt und gehilfenseitig von dem Verbands der Deutschen Buchdrucker repräsentiert wird. Das ist der Unterschied, verehrter „B.“, und deshalb ist unser Vertrag etwas Neues.

Dann macht der „B.“ sich Sorgen, daß wir durch den Organisationszwang in Kämpfe mit anständigen und tarifmäßig zahlenden Unternehmern hineingezogen würden; ferner könnten Gewerkschaften, die eigne Druckereien besitzen, Parteibetriebe, Kartonn- und Buchfabriken usw. doch nicht gezwungen werden, „die Organisation der Unternehmer verstärken zu helfen“. Wer sagt denn dem „B.“, daß wir das wollen? Wir werden ganz sicher unsere Kollegen in den Parteibetrieben nicht herausnehmen, wenn sich die Leiter dieser Geschäfte weigern, dem Deutschen Buchdruckervereine beizutreten. Das mag der „B.“ nur unsere Sorge sein lassen. Die Buchdrucker denken viel zu praktisch, als daß sie sich schädigen würden, und Jahr und Tag werden vergehen, ohne daß die Besichtigungen wegen des Organisationszwanges sich einstellen werden. Uebri-gens ist es bemerkenswert, was das „Volksblatt für Anhalt“ über diesen Punkt sagt:

Wir können absolut nichts darin finden, daß auch die Parteibetriebe die Mitgliedschaft im Unternehmervereine erwerben. Im Gegenteil, das ist gerade recht gut, um so eher können sie für die Gehilfen eintreten. Es ist doch nicht daran zu denken, daß wir unsere Zeitungen von Nichtverbandsmitglie-dern, sogenannten „Schultern“, herstellen lassen. Auch ist es unmöglich, für die etwas über 1000 Parteibuchdrucker eine Sonderorganisation zu bilden. Von der finanziellen Unmöglichkeit ganz abgesehen, wär's ein Verbrechen an gewerkschaftlichen Prinzipien. Wer den Kollektivvertrag zwischen Organisation und Organisation will, muß auch seine Konsequenzen tragen. Was ist das auch für ein Unklug, daß wir die Unternehmerorganisation stärken? Mit organisierten Unternehmern ist hundertmal besser verhandeln als mit unorganisierten.

Das ist ein vernünftiges Wort, dem man nur beipflichten kann. Da ferner erwiesenermaßen in

einigen Parteibetrieben man recht gut Unternehmerrallüren praktiziert, wäre es nur logisch, wenn die betreffenden Leiter auch der Unternehmervereinigung beitreten würden; freilich, für die Gehilfen würden sie dort nicht wirken. Wenn der „B.“ weiter keine Besichtigung wegen des Organisationsvertrages hat, mag er ruhig schlafen gehen; in Buchdruckerkreisen denken wir noch recht lange nicht an den Zwang, und wenn er eintreten sollte, ist er nicht mehr nötig — ganz wie beim Massenstreik. Aber es muß eben alles herhalten, um die wahnsinnigste Aufhebung der Massen zu erreichen. Das soll auch Herren noch einmal böß heimgezählt werden.

Dann sagt der „B.“ zum Schluß, dem Ganzen die Krone aufsetzend:

Der Entwurf sieht nämlich auch vor, daß die Organisationen gegenseitig haftbar sind für den Schaden, den ihre Mitglieder einander verursachen:

„Der Verein, dem der Schädiger angehört, haftet dem Geschädigten für Ersatz des ihm entstandenen Schadens insoweit, als sein beteiligtes Mitglied gesetzlich dazu verpflichtet ist.“

Der Taff-Bale-Entscheid redivivus! Was die englischen Arbeiter mit allen Mitteln als gewerkschaftsfeindlich bekämpft haben, führt der deutsche Buchdruckerverband freiwillig ein!

Ob das die neue Aera sozialen Wirkens ist?

Soll man sich gegen diese Fälschung noch entristen? Heute kann nach den Bestimmungen des Gesetzes jeder Arbeiter zum vollen Schadenersatz herangezogen werden, im Organisationsvertrage der Buchdrucker ist aber die Haftung nur bis zur Höhe des Lohnes für die Kündigungszeit zulässig; und über die Festsetzung des Schadens und darüber, ob Kontraktbruch oder Maßregelung vorliegt, entscheiden erst die tariflichen Instanzen. Der „B.“ macht aber glauben, als ob die Schadenersatzpflicht der Gehilfen eine unbeschränkte sei. Der „B.“ weiß, daß das nicht der Fall ist, aber er behauptet es trotzdem und nennt seine Fälschung dann den von den Buchdruckern freiwillig wieder eingeführten Taff-Bale-Entscheid. Doch vervollständigen wir lieber den vom „B.“ aus dem Zusammenhange gerissenen Satz, um zu beweisen, wie der „B.“ die „Aufklärung“ seiner Leser betreibt. Es heißt im §. 5. des Organisationsvertrages:

Für Anerkennung der Urteile dieser Schiedsinstanzen hat der Verein, dessen Mitglied der Verurteilte ist, zu wirken und zu haften. Beide Vereine stehen für die Erfüllung der nach diesem Vertrage und nach dem Tarife ihren Mitgliedern obliegenden Verbindlichkeiten selbst-schuldnerisch ein, soweit dies im Einzelfalle von dem Vereine gefordert wird, dem der Geschädigte angehört. Der Verein, dem der Schädiger angehört, haftet dem Geschädigten für Ersatz des ihm entstandenen Schadens insoweit, als sein beteiligtes Mitglied gesetzlich dazu verpflichtet ist. Mit Bezug auf die Handhabung dieser Bestimmungen haben die beiden Vereine folgendes vereinbart: Der Verein, dem der Geschädigte angehört, wird als Schadenersatz von dem andern Vereine, sobald dieser das schädigende Mitglied in keiner Weise materiell direkt oder indirekt unterstützt, auch den Bestimmungen des Absatzes 5 entspricht, nur eine Summe fordern, die dem verdienten Lohne während der Kündigungsfrist des Betroffenen entspricht, jedoch mindestens in Höhe eines Wochenlohnes. Dieser Anspruch kann nur geltend gemacht werden, nachdem die tariflichen Schiedsinstanzen Kontraktbruch oder Maßregelung festgestellt haben.

Was hat nun der „B.“ aus diesen jeden Zweifel ausschließenden Bestimmungen gemacht? Er macht, wie im Taff-Bale-Entscheidung, eine bedingungslose Haftung aus einer bedingten. Und selbst die letztere kann nicht in Betracht kommen, wenn jedes Mitglied den vereinbarten Vertrag hält, wozu ja schließlich Verträge geschlossen werden dürften. Auf alles Weitere in diesem „Vorwärts“-Artikel einzugehen, erübrigt sich nach diesen Proben objektiver Darstellung unserer neuesten Abmachungen mit der Prinzipalität.

In Nr. 240 des „B.“ geht derselbe nochmals auf den neuen Tarif ein und beschäftigt sich dabei auch mit dem „Korrespondent“. Von dessen Ausführungen zur Tarifierneuerung weiß der „B.“ zu sagen:

Den „Korrespondent“ jammert die Lage der Buchdruckereibesitzer. Und daß uns diese gleichgültig ist, unterscheidet uns prinzipiell von dem „Korrespondent“. Die Buchdruckindustrie geht zugrunde! Man muß mindestens hundert Arbeiter in seinem Betriebe beschäftigen, um Kommerzienrat werden zu können, während in anderen Gewerben dazu schon ein paar Tausend Lohnsklaven ausreichen. Ueber-

haupt: die Buchdruckindustrie ist die Industrie der Kommerzienräte, und das Tarifamt würde sich ein Verdienst daran erwerben, die Zahl dieser armen Glucker unter den Buchdruckereibesitzern statistisch festzustellen, um das glänzende Elend dieses bedauernswerten Berufes mit Brillantfeuerwerk zu beleuchten! Das Mittelbild mit diesen Prinzipalen preßt dem „Korrespondent“ Tränen aus, und aus Aufopferung für sie hungern die Buchdrucker weiter! Verstehe diesen gewerkschaftlichen Standpunkt, wer kann!

So versteht es der „B.“ auf die Nerven seiner Leser zu wirken! Ein Arbeiterblatt, das in Sorge um das Wohl der Kommerzienräte im Buchdruckgewerbe Tränen vergießt, das ist wenigstens 'was Neues in der Rede der Massenstreik-Diskussion, und wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr. Daß wir in unsern Artikeln die gesamten Verhältnisse des Gewerbes zur Unterlage unsers Urteils genommen haben, was wahrheitsgemäß festzustellen, würde den beabsichtigten Zweck des „B.“ beinträchtigt haben. Es macht sich auch so besser. Diese widerliche Demagogie zu widerlegen, halten wir für überflüssig. Wer dem „B.“ Glauben schenken will, mag es tun. Die eine tröstliche Genugtuung bleibt uns doch, daß eine Sache, die mit solchen Mitteln vertreten werden muß, lebendigen Leibes verfaßt.

Daß die „Leipziger Volkszeitung“ bei der Beurteilung des Vertrages und der Vertragsschließenden nicht fehlen darf, versteht sich von selbst. Mit diesem Parteiorgan zu polemisieren, fällt uns natürlich nicht ein, wir wollen nur einige Stillschüben beleuchten, die sich das verlogenste Blatt der Sozialdemokratie und das gewissenloseste der deutschen Zeitungsliteratur leistet, und mit denen es seiner Einwirkung auf den ununterrichteten Massen sicher ist. Während sie sonst alle Mitteilungen der rechtsstehenden Presse über die Arbeiterbewegung als Schwindel bezeichnet, läßt sich die „R. B.“ aus Berlin telegraphieren, daß nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Tarifabmachungen „bereits endgültig notariell festgelegt sind“, eine Mitteilung, die das dümmste Landratsblatt nicht ernst genommen, aber für das Blatt in der Dauschaer-Straße ein gesundes Fressen war, weil man seinem Programme der prinzipiellen Verheerung damit besser dienen konnte. Wir zweifeln nicht daran, daß das in Leipziger Gehilfenkreisen verbreitete Gerücht, der Verband habe gemäß des neuen Vertrages bereits zwei Millionen hinterlegt, auf die andauernden raffinierten Verdrängungen der „R. B.“ zurückzuführen ist. In einem Leitartikel beschäftigt sie sich mit den Tarifgemeinschaftsinstitutionen, „die in der Praxis stets gegen die Arbeiter ausschlugen“, und durch welche den Arbeitern „das Streikrecht eskamotiert“ worden sei. Zwar ist es eine bemerkte Lüge, daß die betreffenden Institutionen „gegen die Arbeiter ausschlugen“, und wer Lust zum Streifen hat, kann das auch heute und in Zukunft tun, er braucht bloß seine Kündigungszeit einzuhalten. Darauf kommt es an. Die desorganisierenden und den Verband gefährdenden plötzlichen Arbeitsniederlegungen müssen in der Zukunft aufhören, das ist der Kern des Vertrages. Man muß schon so „revolutionär“ sein wie die bürgerlichen Elemente in der Redaktion der „R. B.“, um einer realen wirtschaftlichen Macht, wie unsern Verbände, nachzugeben, sie habe „die Arbeiter den Unternehmern gegenüber gebunden und geknebelt“. Dann jammert das „revolutionäre“ Organ, daß zehn Jahre lang „kein Gehilfe einer ‚anerkannten‘ Druckerei“ den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen könne. Warum denn nicht; wenn er sich für diesen Tag Urlaub nimmt. Oder sollen wir es wie die Buchbinder machen? Das wäre der „R. B.“ selbstverständlich weit lieber, weil sie nicht für denkende, sondern nur für fanatisierte Massen geschrieben wird. Schön nimmt sich auch die Phrase aus: „Die Buchdrucker haben durch freiwilligen Kontrakt sich und ihr Geschlecht in die Sklaverei verkauft“. Mangels der etwas fadenscheinig gewordenen Zusammenbruchstheorie hat sich die „R. B.“ eine neue zugelegt: „So muß die Buchdruckerorganisation, die innerlich immer fauler und moscher geworden, im Ernstfalle zusammenbrechen.“ Worauf die „R. B.“ noch lange warten kann. Der Verband ist inner-

lich so „faul und morsch“, daß er immer größern Einfluß im Gewerbe gewinnt, mehr und mehr alle brauchbaren Kräfte der Gehilfenschaft in seinen Reihen vereinigt und materiell das Möglichste zur Hebung der Lage der Gehilfen leistet. Bleibt uns in den nächsten fünf Jahren der Friede erhalten, dann wird die „R. B.“ in fünf Jahren keinen Eindruck mehr mit ihren Sekereien bei den Leipziger Buchdruckern machen.

Von Berlin ist uns über die am Sonntag abgehaltene, von 8000 Gehilfen besuchte Versammlung noch kein Bericht zugegangen, so daß wir den folgenden „objektiven“ Bericht der „R. B.“ benötigen:

Gefede, Faber und Massini referierten. Sie suchten der Berliner Kollegenschaft den Vertrag wie „die Errungenschaften des Tarifes“ annehmbar zu machen, hatten damit aber sehr wenig Glück. Die Diszussionsredner zerpflückten die schönen Machwerke und auf Döblin und seinen literarischen Helfer in Leipzig hagelten die Wurmsteife nur so nieder. Derweil sich in den großen Städten die Kollegen gegen ihre Knebelung und gegen die Auslieferung der Organisation an die Unternehmer sträuben, reißt Döblin mit einigen Betreuen in den Provinzen umher, um den Tarif und den Vertrag sanktionieren zu lassen, womit die Kollegen der großen Städte dann geschlagen werden. Es ist ja die seit langem geübte und der Döblinschen Gewerkschaftspolitik so überaus dienliche Praxis, die Gehilfen in der Provinz gegen die Großstädte auszuspielen. Ein andres Mittel, das auch jetzt langem mit großem Erfolge in der Buchdruckerorganisation angewendet wird, und das Herr Reghäuser, der gewerkschaftliche Liman, mit Virtuosität handhabt, ist das Gruseligmachen vor der Sozialdemokratie und besonders vor einigen Parteiblättern, die es wagen, die famose Gewerkschaftspolitik des edlen Brüderpaars Reghäuser-Döblin ohne Schminke zu zeigen.

Wir sind wirklich neugierig, diese hagelbüchsten Wurmsteife zu hören — die mitzuteilen die „R. B.“ sich hat entgehen lassen. Schade! Die persönlichen Beschimpfungen durch ein Organ, das jeden Bankräuber in Schutz nimmt, gehören eben zum Geschäft. Daß wir je vor der Sozialdemokratie oder einigen Parteiblättern gruselig zu machen versucht hätten, ist natürlich Schwindel, fintemalen wir in gegebenen Fällen nicht gruselig machten, sondern zur Abwehr aufforderten. Wenn aber etwas den bodenlosen Haß der „R. B.“ gegen die Buchdrucker feingekennzeichnet, so ist es die Aufnahme eines Artikels von Dreyes-Hannover gegen den neuen Tarifvertrag und den Schreiber dieser Zeilen. Nicht mit einer Zeile versuchen wir, den Wahnsinn des Dreyeschen Artikels zu widerlegen, der in bezug auf unsere Worte: „Ohne von dem Vertrauen der Kollegen getragen zu sein, können eben unsere Führer ihre schwere Mission nicht erfüllen“, schreibt:

Da fehlen nur noch die Pumphosen und der Turban und der morgenländische Tyrann ist fertig. Es ist eine bodenlose, eine gemeingefährliche Unverfrorenheit, ein Zäfarismus schlimmsten Grades, der uns hier entgegentritt. . . . Wätherchen Jar macht das um kein Haar anders, wenn er sein Volk in seinem Interesse zu Tausenden niederknallt. Der Wahnsinn dieses wahnsinnigen Menschen in der „Korr.“-Redaktion treibt ja die tollsten Blüten. . . . „Das was in Berlin vereinbart worden ist, wird und muß aufrecht erhalten bleiben“, in diesen wenigen gesperrten Worten liegt eine solche Felonie, eine solche ungeheuerliche Brüstung der ganzen Organisation, mit Einschluß derjenigen, die die Resultate an sich gut heißen, daß es für uns nur eine Aufgabe geben kann: den „Korr.“-Redakteur schleunigst seinem Vorgänger nachzusenden. Die Gehilfen brauchen vor dieser „Probe aufs Gempe!“ gar nicht sentimental zurückzuschrecken; es wird zu ihrem Glück sein.

Dann spricht der Dreyes davon, daß ob des „Korr.“-Redakteurs „einem das Köhzen ankommen“ muß, und „daß uns die Galle ins Blut steigt und man förmlich in einen Paroxysmus von Wut und Erbitterung hineingetrieben wird, wenn man das auch noch apportieren soll“. Weiter:

Das schlimmste aber ist, daß unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit diese ungeheuerlichen Feivolitäten begangen werden, daß man glaubenswürdig Gemüter bedrückt, damit nur ja der „Friede“ erhalten bleibe — ein schöner „Friede“, der jede selbständige Regelung der Arbeiter niederknüpelt und „notariell“ bereits „festgelegt“ ist. Da ist der Kampf bis zur Selbstzerfleischung immer noch vorzugiehen, denn da kann sich der Arbeiter wenigstens noch wehren; so aber ist ihm selbst das Recht der Notwehr, das gegebenenfalls jedem Haderlumpen zusteht, „tarifvertraglich“ genommen, und er kann zusehen, wie er fertig wird. Es wird sich aber doch zu zeigen haben, ob die Gehilfenschaft sich das bieten lassen wird. Wenn schon, denn schon.

Haben die Beschlässe bereits bindenden Charakter, ohne daß die Allgemeinheit darüber ihr Urteil gegeben hat, dann meintwegen hinein in die Stellenlosigkeit und den ganzen gottverfluchten Tarifgemeinschaftsbettel in den Boden gedrampelt, daß nichts mehr davon übrig bleibt.

Dies nur einige Stichproben aus dem Artikel des „Kollegen“ Dreyes, der jetzt als „Mitarbeiter“ der „R. B.“ deren Leser über Buchdruckerverhältnisse „informiert“! Das ist derselbe Mann, der vor etwa zwei Jahren im „Korr.“ schrieb, daß er stolz sei, nicht zur „sozialistischen Stimmvieherde“ zu gehören, der uns gegenüber mit Fälschungen arbeitete, die wir in Nr. 5 von 1905 festgesetzt haben, der als Mitarbeiter des Anarchistenorgans „Der Revolutionär“ am 22. September 1906 beklagt, daß sein Artikel von der „Einigkeit“, dem Lokalistenblatte, zurückgewiesen worden sei, und von welchem Herrn der „Abstinente Arbeiter“ in seiner Nr. 19 vom 1. Oktober in einer Briefkastennotiz schrieb:

Dreyes-Hannover: Nach Ihrem dummbreisten Briefe vom 16. September zu schließen, scheinen Sie sich für berechtigt zu halten, der Redaktion des „Abst. Arb.“ Vorschriften zu machen, wie nicht einmal Presbitionsmitteln, Ausschuß oder Vorstand des Bundes sie sich je erlauben würden. Unsere Ortsgruppen sind uns denn doch noch zu schade dazu, um sie von Ihnen in steifester Weise anempfehlen zu lassen. Wenn Sie auf die aus Ihrer Mitgliedschaft in unserm Bunde entpringenden Rechte pochen, so vergessen Sie dabei das Recht resp. die Pflicht, sich an unsere Beschränkungen zu wenden. Wenn Kagenstein in der Zeit, da er mich vertrat, die Aufnahme Ihres „Jämmerlichen Kagenjammer“ versprach, so war das ein Akt von Hyperloyalität, wie man sie umgekehrt von Ihnen nach den bisherigen Proben nie erwarten dürfte. Im Augenblicke ist Genosse Kagenstein nicht in Berlin, so daß ich mit ihm leider nicht konferieren kann. Jedoch ich denke, daß er nach der Lektüre Ihres Briefchens usw. mit meiner Maßnahme, Ihren „Jämmerlichen Kagenjammer“ und den Brief dazu entgegen Ihrer kategorischen Forderung nicht zu geben, einverstanden sein wird. Uebrigens trennen Sie sich, wenn Sie etwa glauben, daß Sie im „Abst. Arb.“ dieselben Parantzen aufhängen können, die Sie sich im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ in der Nr. vom 5. Januar 1905 geleistet haben. Ganz abgesehen davon, daß Ihre „sachliche Verschönerheit“, Ihre „französische Einbildung“ usw. schon damals konstatiert worden, ganz abgesehen davon, daß Ihres Wesens Kern an Ihrem eignen Wortest! . . .

Von mir persönlich kann ich sagen, daß ich in einer sozialistischen Stimmvieherde keine Erstarung der Arbeiterklasse erblicke. . . . schon damals gezeitigt worden ist, wollen Sie nicht vergessen, daß Sie im „Korrespondent“ . . . vom 14. Januar 1905 entlarvt worden sind als ein Zeitgenosse, der sich mit fremden Federn schmückt, der große Stücke aus Reichstagsreden, Parteitagssprotokollen usw. abschreibt und diese als seine eignen Geistesprodukte ausgibt. Daß Sie „aus purer Böswilligkeit und grundlos“ in verlogenher Weise zu kritisieren pflegen, daß Sie „den Sinn und die Worte anderer fälschen“, ist bei derselben Gelegenheit nachgewiesen worden. Ihr Kollege A. Franke (Hamburg) hat Ihnen in derselben Nr. 5 des „Korrespondent“ . . . das Zeugnis ausgestellt, daß Leute Ihres Schlages „den Hans Dampf in allen Gassen marrieren und — das ist das Entsetzende — was sie in der Arbeiterbewegung auftauchen, weniger urteilsfähige Leute schein machen.“

Daß Ihnen dies im Deutschen Arbeiterabstinentenbunde ebensovienig gelinge, wie es Ihnen bei den Buchdruckern geglikt ist, dafür verpflcht Ihnen und den Mitgliedern unsers Bunde, so lange er noch die Redaktion führt, zu sorgen
Georg Davidsohn.

Diese Tatsachen sind der Redaktion der „R. B.“ nicht verborgen geblieben, aber ihr ist es nur darum zu tun, alle Minen springen zu lassen, um Verwirrung in unseren Reihen anzurichten, um zu heizen und zu verunglimpfen, um unsere Kollegen durch diese wahnsinnige Scharfmacherei zur Vernichtung der eignen Organisation aufzutacheln. Arm in Arm mit den verschrobensten Anarchisten kämpft die „R. B.“ gegen die Verbandsführer an, weil diese nicht willens sind, der Phrasologie jenes Heßblattes die Organisation zu opfern. Und für dieses Organ begeistern sich unsere Leipziger Kollegen, denn in ihrer neuesten Nummer schreibt ein Leipziger Kollege (G. G.):

Ein offenes Wort an die Verbandsbuchdrucker Leipzigs! Die Haltung unsers Verbandsorgans fordert es geradezu heraus, daß ein offenes Wort gesprochen wird, ob vielleicht Laune, Schwachheit und Verzagtigkeit dazu beitragen könnten, der Gehilfenschaft das Fell noch kräftiger über die Ohren zu ziehen, als dies bis jetzt geschehen ist. Wer die letzten Nummern unsers Verbandsorgans genau verfolgt hat, wird gefunden haben, daß der Versuch gemacht wird, durch eifriges Zitieren von Presbittimen, insbesondere durch die übliche grenzenlose Anpöbel des radikalere Teils der Parteipresse die Aufmerksamkeit von den tatsächlichen Ergebnissen

der Tarifverhandlungen abzulenken. . . . Die Tatsache, daß wohl mancher dieser Führer, unbewußt der Tragweite seiner Handlungen, zum Verräter an der Gehilfenschaft geworden ist, ändert an dem Veratte leider nichts. Auch daß das Vorhandensein einer Gewerkschafts-Bureautratie und -Aristokratie innerhalb der deutschen Gewerkschaften nicht gelehnt werden kann, zeigt uns so recht wieder einmal das ganze Verhalten unsrer Korrespondentredaktion während der Tarifbewegung. Daß bei derselben demokratische Grundsätze, die jedem Leiter eines Arbeiterorgans zur Gepflogenheit gehören müßten, längst über Bord geworfen sind, zeigt die Vertretung des Autoritäts- und Bewerfung des Majoritätsprinzips dieser Redaktion. Zum Beweise nur einige Stichproben aus neuerer Zeit. So die Aeußerung Reghäusers auf der Konferenz der Zentralverbände in Berlin: „Geben Sie doch den Kindern das Messer nicht in die Hand!“ und die Stelle aus Nr. 119 des „Korr.“: . . . Jetzt ist wieder der Moment gekommen, wo die Führer gegen den Willen der Masse in deren Interesse mit Leib und Leben einzutreten haben, komme, was da wolle.“ Von einer solchen Redaktion war kaum etwas andres zu erwarten als diese geradezu schändliche Mächtigkeitsrede der Anführer der Mehrheit der Verbandsmitglieder, wie sie zur Genüge bei der Tarifbewegung hervorgetreten ist. Kollegen! Wir sehen also, daß das ganze Verhalten der Korrespondentredaktion darauf hinausläuft, Stimmung zu machen! — Stimmung zu machen für Annahme dieses Monstrums von Tarif- und Organisationsvertrag, Stimmung zu machen für eine neue Sekte gegen die Parteipresse oder wenigstens einen Teil derselben, insbesondere gegen die Leipziger Volkszeitung! Daß wir in diesem Treiben nicht ruhig zusehen wollen, Kollegen, dazu sollen diese Zeilen beitragen. Zeigen wir, daß uns der neue Tarif- und Organisationsvertrag nicht als „kleines Geschlecht“ findet, und lehnen wir ihn ab. Die ganze Sache unserer Führer kann und darf uns nicht beirren! Die Parole aller Klassenbewußten Gewerkschaftler unsrer Organisation soll und muß lauten: „Nieder mit dieser Taktik des Verrates und deren Vertretern und Resultaten!“

Das ist Wasser auf die Mühlen der „R. B.“ und sie kann ihr Schmunzeln kaum verbergen, daß ihr so trefflich in die Hände gearbeitet wird. Sie mag aber auf das kurze Gedächtnis aller jener rechnen, die ihr einst durch Beschluß die Verachtung ausgedrückt, die ihre Unternehmerrpraktiken einst öffentlich gebrandmarkt und jetzt dasselbe Blatt zu den niederträchtigsten Verdächtigungen gewissenhaft handhaben. Kollegen benutzen wir haben ein solch kurzes Gedächtnis nicht und werden diesem notorischen Heßblatte in unseren Kollegenkreisen die Wertschätzung verschaffen, die es verdient. Wissen wir doch zur Genüge, daß hinter den radikalen und großspürigen Phrasen der „R. B.“ die ganze Hößheit totaler Unfähigkeit steckt, den Arbeitern irgendwie nützen zu können. Die problematischen Naturen in der Redaktion der „R. B.“, die da in Strazburg oder sonstwo sich abgewirtschaftet haben, können den Buchdruckern nicht imponieren, das wird den hilflosen Uebermenschen in dem Leipziger Heßblatte noch klar gemacht werden.

Eine Anzahl weiterer Parteiblätter, wie Karlsruher „Volksfreund“, Mannheimer „Volksstimme“ (wiederholt), „Sächsisches Volksblatt“, „Sächsischer Arbeiterzeitung“, „Oberhessische Volkszeitung“, „Mecklenburger Volkszeitung“ verurteilen ebenfalls die getroffenen Vereinbarungen im Buchdruckergewerbe. Da diese Organe aber sich meist an den „R.“ oder die „R. B.“ anlehnen, erlirbt sich eine besondere Betrachtung. In sachlicher, objektiver Weise schreibt die „Magdeburger Volksstimme“:

Das Beispiel der englischen „Allianzen“ ist also nunmehr in Deutschland auf größerer Basis befolgt worden, wenigstens soweit die Zugehörigkeit zur Organisation in Frage kommt. Die Bestimmungen über die Bühne, Gewinnbeteiligung usw., die häufig mit den englischen Allianzverträgen verbunden sind, hat der Buchdruckerart nicht akzeptiert. Wie uns scheint, mit Recht. Die Zukunft wird zu zeigen haben, ob der Verband auch unter dem jetzigen Tarifsysteme blühendes eignes Leben bewahren kann, oder ob er verunstaltet und verkrüppelt. Wir befürchten das letztere nicht; schon die Gestaltung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse wird es verhindern, aber die Gefahr ist vorhanden, und die Buchdrucker als Pioniere des Gedankens der Tarifverträge haben die Pflicht, in ihrer Organisation einen Geist zu pflegen, der die Schwarzseher belehrt und dem Tarifwesen neue Freunde wirt.

Erfreulich sticht auch von den Sekereien der „führenden“ Organe ein Urteil im „Volksblatt für Anhalt“ ab, das im Auszuge lautet:

Forderung ist leicht, darin läßt sich ohne Schwierigkeit der größte Radikalismus an den Tag legen, aber mit der Durchführung hapert's

doch gar leicht. Selbst sechs Millionen Mark, die die Buchdrucker heute besitzen, sind, wenn von den 48000 Organisierten auch nur der vierte Teil in Streiks verwickelt würde, sehr schnell bedenklich reduziert. Und auf die Hilfe der anderen Arbeiter ist auch nicht so ernsthaft zu rechnen, daß das ein Hausreifer für die Buchdrucker werden könnte. Darum kann man es verstehen, daß eine sich verantwortliche führende Verbandsleitung nicht ganz so kampflustig ist, wie das bei einzelnen oder einzelnen Gruppen der Fall sein mag. Wir getrauen uns in dieser Frage kein Urteil, weil wir die Verhältnisse nicht genügend kennen. Das ist nur der Verbandsleitung möglich. So lange die Buchdrucker nicht glauben, durch eine andre Verbandsleitung mehr erreichen zu können, müssen sie zu der heutigen das Vertrauen haben, daß sie das Mögliche zu erreichen sich die größte Mühe gegeben hat, daß sie mehr durchzusetzen nicht in der Lage gewesen ist . . .

Der Artikel geht dann auf die in Gehilfenkreisen hervorgetretene Opposition ein und sagt dann weiter:

Ganz andersartig ist die Opposition der Scharfmacherblätter und einiger unserer Parteiorgane. Diese wenden sich gegen die Vertragsform, besonders dagegen, daß der Buchdruckerverein nur organisierte Verbändler beschäftigen darf und die Verbändler nur bei Buchdruckervereinsmitgliedern arbeiten dürfen. Die Scharfmacher nehmen Anstoß an der dadurch bis aufs äußerste getriebenen Anerkennung der Buchdruckerorganisation, die Parteiblätter an der Förderung, die die Unternehmerorganisation dadurch erfährt, und daß Arbeiterverband und Unternehmerverein in ein gar zu vertrautes Verhältnis zueinander treten. Daß wir den Standpunkt der Scharfmacher nicht billigen können, versteht sich am Rande. Aber wir können auch den Standpunkt der Parteiblätter nicht teilen, die in dem so abgeschlossenen Tarifvertrage „Harmonieduselei“ erblicken. Davon kann gar keine Rede sein. Der Verband kann nach wie vor der Lieberzeugung sein, daß eine kapitalistische Ausbeutung auch der Buchdruckern gegenüber stattfindet. Der Umstand, daß er mit dem Unternehmerverein einen Vertrag abschließt, hebt diese Lieberzeugung nicht im mindesten auf. Auch der radikalste Parteigenosse, der lieber heute als morgen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Gesellschafts- und Arbeitsorganisation ersetzen möchte, kann nicht umhin, um leben zu können, mit einem Unternehmer einen Vertrag abzuschließen. Wer an dem Vertrage Anstoß nimmt, weil durch denselben Interessensharmonie befördert werde, der möge als Sozialdemokrat nur ja kein Arbeitsverhältnis eingehen, und sich ausbeuten lassen, dann wird man ihn allerdings radikale Konsequenzen nachrühmen müssen. Aber vorläufig hat das noch niemand vorgemacht. Und der Buchdruckerverband kann seine 48000 Mitglieder auch vorherhand nicht anders ernähren, als daß er sie in ein kapitalistisches Arbeitsverhältnis treten läßt.

Ganz hinfällig erscheint uns der Vorwurf, daß der Vertrag die Unternehmerorganisation stärke. Das ist doch der natürliche Verlauf der Dinge, daß auch die Unternehmer sich organisieren. Das ist aber auch dann kein Unglück, wenn auch die Arbeiter sich organisieren. Und das geschieht doch hier in der vollkommensten Weise. Es ist auch nicht wahr, daß die Buchdruckerorganisation durch den Vertrag ihre Macht verliere. Die Macht, jeden Augenblick zu streiken, ist keine Macht, sondern nur dann hat eine Organisation Macht, wenn sie mit Erfolg streiken kann. Die bloß theoretische Möglichkeit, jeden Augenblick einen Streik zu riskieren, stellt noch nicht die mindeste Macht dar. Wenn das wahrcheinliche Resultat dann immer eine Niederlage ist, dann dotum entzieht sich zwar Ohnmacht, aber nicht Macht. Besser für fünf Jahre einen kleinen Erfolg erzielen, als fünf Jahre lang Streikfreiheit zu haben mit der sichern Aussicht auf Mißerfolg. Und gerade deshalb, weil die Schmachlinie zurzeit immer mehr Eingang findet, weil dieselbe, wenn's darauf anlämt, auch mit sehr schlecht bezahlten Arbeiterinnen besetzt werden könnte, wären die Streikchancen gerade zurzeit kaum besonders günstig.

Wenn nach fünf Jahren eine starke Unternehmerorganisation da ist, werden die Arbeiter, so sagt man, sich jedem Gebote fügen müssen. Bitte sehr, es ist dann auch eine starke Arbeiterorganisation da, die Zahl möglicher Streikbrecher ist dann denkbar reduziert. Auch die Unternehmer sind dann sehr stark daran interessiert, nicht alles bisher Erreichte aufs Spiel zu setzen. Die Arbeiter werden auch dann das Mögliche am ehesten durchsetzen.

Wir können, es wäre ein großartiger Fortschritt für die Arbeiterklasse, wenn andere Berufszweige ähnliche Tarifverträge zustande brächten. Es geht nun einmal nicht, von heute auf morgen in den Zukunftsstaat zu springen. Und bloß über den Zukunftsstaat zu reden, statt das von ihm Mögliche heute schon zu bauen, das scheint uns für die Arbeiter wirklich nicht das Nützlichste zu sein.

Mögen unsere Kollegen auch diese unbeflügelte Stimme würdigen. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß das Organ der Lager-

halter, das in der Druckerei der „L. W.“ hergestellt wird, in blöder Geze gegen die Verbandsleitung macht:

Daß nicht mehr erreicht wurde, dürfte an der Furcht liegen, die bisher die obersten Instanzen des Buchdruckerverbandes vor einem ersten Konflikt mit den Prinzipalen haben. Um des lieben Friedens willen verzichten sie auf eine energische Durchführung ihrer Forderungen und um des lieben Friedens willen stimmen sie den Verschlechterungen zu. Von allen Gewerkschaften muß aber der energischste Protest dagegen erhoben werden, wenn es richtig ist, daß die Anerkennung der Organisation zugleich ihr die Pflicht auferlegt, mit ihren Mitteln für den Schaden aufzukommen, der durch den Kontraktbruch einzelner oder ganzer Personale den Prinzipalen erwächst.

Die Enttötung des Lagerhalterorgans wirkt um so lächerlicher, als das Organ und die Organisation der Lagerhalter deshalb besteht, um gegenüber den Unternehmern in ihrem Bezufe, die Konsumvereine, die Interessen der Lagerhalter zu vertreten. Und diese Konsumvereinsleitungen werden durch Arbeiter repräsentiert! Dann erheben die „Monatsblätter“ bereits „energischsten Protest“, „wenn es richtig ist“ usw. Es ist eben nicht richtig, aber man enttötet sich bereits im voraus. Jeder Kenner der Verhältnisse kann über den in Aussicht gestellten „energischsten Protest“ der Lagerhalter sich des Lachens nicht enthalten.

Anders klingt es aus dem Lager der Scharfmacher. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Neben fünf Jahre wird es also ganz gewiß hoch hergehen, dann aber wird der sozialdemokratisch geleitete Verband namenlos gestärkt durch Schuld der Prinzipale den schuldigen Prinzipalen gegenüberstehen.“ In der „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“, dem Organe des Herrn Dr. Tille, heißt es u. a. „daß die Herrschaft des sozialdemokratischen Verbandes der Deutschen Buchdrucker über einen großen Teil eines wichtigen Gewerbes bereits Tatsache geworden ist und im Begriffe steht, die unumschränkte Herrschaft über das ganze Gewerbe vorzubereiten zu erhalten.“ Die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie schreibt: „Die sozialdemokratische, verächtliche, Gehilfenwirtschaft kann auf den neuen Vertrag pfeifen. . . Der Arbeitgeber ist tatsächlich nicht mehr Herr im eigenen Hause. . . Durch den neuen Tarif wird geradezu eine wesentliche Grundlage unserer bestehenden Gesellschaftsordnung umgestoßen. . . Dieser Verband ist eine sogenannte „freie“, in Wahrheit sozialdemokratische Gewerkschaft, die sich im Hinblick auf ihr Verbandsvermögen von 7 1/2 Millionen Mark es schon herausnehmen zu dürfen glaubt, mit den Arbeitgebern und dem gesamten nichtsozialdemokratischen Respublikum Pöppchen zu spielen.“

Die „Süddeutsche Wirtschaftszeitung“ spricht dann noch vom Kommerzienrat Bügenstein und Dr. Jäncke-Hannover als den „großen Förderern der Sozialdemokratie“, hofft, daß „der sozialistische Zwangsstaat im Buchdruckgewerbe nicht Tatsache werden wird“, aber es sei immerhin „lehrreich“ zu sehen, wofin große gewerbliche Gruppen treiben können, wenn sie sich in sozialistischen Ideen wie Tarifgemeinschaften verböhnen. Dann gibt es auf der abschüssigen Bahn kein Halten mehr, bis sie bei sozialistischen Zwangsverhältnissen anlangen. . . Und das kann nicht wundernehmen, denn wenn etwas sicher ist, dann ist es die Tatsache, daß sich die Leitung des „Deutschen Buchdrucker-Vereins“ in den letzten zehn Jahren als völlig unfähig erwiesen hat, die Interessen des Unternehmers im Buchdruckgewerbe wahrzunehmen. . . Der „Verein deutscher Zeitungsverleger“ aber, der schicktesten Maßnahmen traf, um für den Streikfall die Herausgabe von Normalzeitungen zu ermöglichen, scheiterte an der Unfähigkeit seines Vorsitzenden Jäncke, auch nur die Bewegung zu begreifen, deren Folgen er zu mildern bestrebt war.“

So steht im Lichte der Scharfmacher unser Tarifvertrag aus, und harmonisch arbeiten sie mit der „L. W.“ und dem „W.“ zusammen: die rechts- und linksstehenden Herrenmenschen! Das ist des Pöbels Kern der Opposition haben wie drüben.

Inzwischen läßt die Kollegenschaft sich nicht irre machen, trotz aller Hezereien den neuen Vereinbarungen ihre Zustimmung zu geben. Zwar haben Berlin, Düsseldorf und Königsberg i. Pr. gegen die Annahme des Vertrages votiert, dafür aber liegen Zustimmungen vor aus: Barmen, Bremen, Ludwigsburg, Stettin, Breslau (einstimmig), Hamburg, Lüneburg, Dresden, Kassel, Danzig, Weimar, Freiburg, Regensburg, Aschaffenburg, Gießen, Göttingen, Ansbach, Ulm, Mühlhausen i. G., Beuthen, Erfurt, Meerane i. S., Göppingen, Ravensburg und fünf kleinere Orte. So ist denn bisher in direkt ablehnendem Sinne von bedeutenderen Druckstädten nur Berlin zu nennen. Hoffen wir, daß nicht erst über tiefgehende innere Kämpfe hinweg wieder der Weg zur Verständigung unter der Kollegenschaft gefunden werden muß, und mögen die Buchdrucker ihre anarcho-sozialistischen Ratgeber als das einschägen, was sie wert sind. Ohne in die unheilvollsten Situationen hinein zu kommen, kann an dem Bestehenden nichts geändert werden, will man aber an einzelnen Orten an der ausgeprochenen Ablehnung festhalten, dann sehen wir den Anfang vom Ende der Einigkeit in unseren eignen Reihen. Wir können nicht mehr tun, als unsere Kollegen warnen, in einer unfruchtbaren Opposition zu beharren, die niemand befriedigen kann, aber alle schädigen muß. Es steht jedem Kollegen das Recht zu, das Geschaffene zu kritisieren, aber diese Kritik muß in dem Rahmen der kollegialen Verhältnisse bleiben. Geht sie darüber hinaus, entfacht sie den brudermörderischen Kampf wie 1896. Wer in diesem Sinne die ferneren Auseinandersetzungen wünscht, mag sich an das Beispiel der führenden Parteiorgane halten, dann wird ihm ein „voller Erfolg“ nicht verjagt bleiben.

Der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe.

In dem gegenwärtigen Augenblicke, wo von dem besondern 1896 um das Wohl und Wehe unserer Organisation so bejagten Teile der Parteipresse ein Keil in unsere Reihen zu treiben versucht und unser Verband zur Umwechslung der übrigen Arbeiterschaft wieder einmal als das Schredensbild gemeingefährlichster Harmonieduselei hingestellt wird, tritt diese neueste Scharfmachergründung in der gefinnungsverwandten Presse mit einem Werbe- rufe auf den Plan, der allen zu denken geben sollte, die überhaupt noch denken wollen und können. Es ist ein Schauspiel für Götter, eine Tragikomödie, die einfach übermächtig ist, wie jetzt von ganz links und ganz rechts die Angriffe auf die Gehilfenvertreter und die Organisationsleitung prasseln, daß es eine Art hat. In dem heutigen Leitartikel sind die liebevollsten Bemühungen unserer „Freunde“ in die nötige Beleuchtung gerückt worden, beschäftigen wir uns an dieser Stelle also mit dem Treiben unserer offenen Feinde. Auf den Kronzeugen Tille, der bereits nach dem Staatsanwalt gegen unsere Verbandsleitung schreibt und in den mannigfachen Beziehungen sich mit dem andern Pole politischer Demagogie — der „Leipziger Volkszeitung“ — berührt, wollen wir verzichten, obwohl es lohnend wäre, unseren Lesern zu zeigen, wie Tille mit der „L. W.“ oft fast wörtlich übereinstimmt. Sein Werk aber, das er ungeachtet aller Geschwernisse am 23. September in Berlin aus der Taufe hob und ihm den Namen Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe gab, soll uns den Beweis erbringen, daß wir mit unserer Taktik auf dem richtigen Wege sind, weil die Ultras hüben wie drüben den neuen Tarifvertrag so wütend begeißeln. Dieses Barometer hat uns noch nie getrogen, es wird uns, wie so oft — bekanntlich ist unser Verband in den 40 Jahren seines Bestehens schon sehr häufig, eigentlich jamausgesetzt, die Zielscheibe von solchen Würgeschossen gewesen — auch diesmal die richtige Witterung anzeigen. Wenn daher die genügend gekennzeichnete Parteipresse vom parteipolitischen Standpunkte aus nichts an dem neuen Tarifvertrage gutheißen kann, so ist das Eingeständnis der Arbeitgeberverbändler, sie könnten als „patriotisch gesinnte Männer“ den mit unserm Verbands von dem Prinzipalverein eingegangenen Vertrag nicht gutheißen, jedenfalls eine kühne Abwechslung im Werben und Berurteilen. Ueberhaupt erblicken die Arbeitgeberverbändler — leider beteiligen sich auch mehrere Großdruckereien an dieser Scharfmacher-treibjagd — das große Uebel der Berliner Vereinbarungen gerade darin, wo „L. W.“, „Vorwärts“ usw. unter dem parteigenössigen Gesichtswinkel Wert und Verkauf der Gehilfenschaft sehen und unsern Verband in dem großen Sumpfe der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital baldigt untergehen lassen. Wenn wir den nachfolgenden Satz lesen: „Vor allem aber zeigt sich immer deutlicher, daß es sich bei Abschluß des Tarifes nicht mehr ausschließlich um die Wahrung und Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen der Gehilfen, die auch wir im Aug-

haben (? Feb.), handelt, sondern darüber hinaus, um die Erfüllung sozialistischer und radikal-gewerkschaftlicher Forderungen, durch die das Buchdrucker-gewerbe aufs schwerste geschädigt und seine Zukunft ernstlich bedroht wird" haben wir die Bestätigung dafür, daß die Gegner in beiden Lagern immer die gegen- teiligsten Befürchtungen hegen. Die endlich erreichte offene Anerkennung des Verbandes gilt jedoch hier wie dort als unerträglicher Koalitionszwang. Wenn so etwas Organisationsfeinde wie die von Strecker und Tille ver- und geleiteten Prinzipale in dem Scharfmacherver- bande sagen, wird einer solchen Meinung noch einiges Verständnis abzurufen sein. Sie folgern ja auch in dem Werberufe nicht zu Unrecht: „Zudem führt der Vertrag auf Seiten der Gehilfen unaussprechlich zu einer Mono- polisierung des Verbandes.“ „Worm“, „B. W.“ usw. je- doch, die sich tagtäglich über das organisationsgegnereische Scharfmachertum entrüsten und auch den fragwürdigen Erfolg, wie z. B. von den Buchbindern bei ihrer Aus- sperrung so teuer erkaufen, schon um deswillen feiern, weil es den Unternehmern nicht gelang, die Organisation ganz und gar zu zertrümmern, sie müßten doch über die unumwundene Anerkennung der Organisation wie jetzt bei uns große Genugtuung empfinden. Aber es ist eben immer so gewesen: „Wenn zwei dasfelbe tun, so ist es nicht dasfelbe.“ Bei jeder andern Gewerkschaft würden die gedachten Parteiblätter in den höchsten Löhnen einen solch eklatanten Erfolg preisen, wie sie umgekehrt für uns die schärfsten Entrüstungsworte finden. Um das noch an einem andern Beispiele zu zeigen: Als anfang dieses Jahres die Fabrikarbeiter in Gmünd ihren Streik mit dem Abschluß eines Tarifes beendeten und ebenso wie die Arbeiter 5000 Mk. als Sicherstellung für die Ein- haltung des Beschlossenen hinterlegten, da wurde ganz lakonisch diese Nachricht gemeldet, aber keinerlei Kritik an diesem Vorgange geübt. Jetzt aber werden die un- sinnigsten Gerüchte, wie das in Leipzig allgemein kum- rierende, der Verband habe zwei Millionen Mark zu demselben Zwecke als Sicherheit gestellt, gar noch genährt, anstatt dieses „Gerücht“ als das zu bewerten, was es in Wirklichkeit ist: heller Wahnsinn! Als feinerzeit die Königsberger Maurer ihren Kampf mit einem Tarifver- trage abschlossen, der neben anderen Merkwürdigkeiten die Bestimmung enthielt, daß für jede Tarifverletzung einzelner die Allgemeinheit die Folgen zu tragen habe, d. h. die Königsberger Maurer sollten in einem solchen Falle zur Strafe ausgeperrt werden, da regten sich die jetzt so ent- rüstungs- und schmählustigen Parteiblätter nicht auf, ob- wohl selbst der „Grundstein“, das Verbandsorgan der Maurer, die Meinung aus sprach, man sollte lieber einen Kampf als verloren abbrechen, statt einen solchen Vertrag eingehen. Handelt es sich aber um die Buchdrucker, die wohl noch selbst wissen, was der Würde ihrer Organi- sation entspricht, dann ist sofort die Meute losgelassen, und das fächerliche Jagen beginnt. Nun, die Scharfmacher in- und außerhalb des Buchdruckerwesens, die in dieser Beziehung doch jedenfalls eine gute Nase haben, sehen die jetzt geschaffene Situation mit ganz anderen Augen an: sie sehen die Unternehmerinteressen durch den neuen Tarifvertrag auf das ärgste gefährdet! Sie werfen der Leitung der Prinzipalsorganisation vor, sie habe Schritt für Schritt das Gewerbe in die „jetzige überaus schwe- rige Lage“ gebracht, nach fünf Jahren werde die Sach- lage für die Arbeitgeber noch hoffnungsloser werden, sie sehen durch den neuen Tarifvertrag die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in unserm Gewerbe heraufbeschworen und klagen patetisch: „Der Vertrag wird vielmehr noch unserer Ueberzeugung nur dazu dienen, die Zahl und Macht des Gehilfenverbandes zu vermehren. . . . Jeden- falls halten wir es für unsere Pflicht, dem unserm Ge- werbe und ebenso dem Staate und der Gesellschaft drohenden Unheile zurzeit entgegenzutreten.“ Diese Superlative lesen sich gewiß ebenso sonderbar, als wenn die „B. W.“ den angeblichen Verrat an den Arbeiterinteressen mit einem ähnlichen Wortschwallen in Ucht und Wann tut. Daß die von dem Arbeitgeberverbande für das Buchdrucker- gewerbe in dem vorliegenden Antrage gemalte gruselige Perspektive auch auf solche Prinzipale einen gewissen Ein- druck nicht verfehlt, die dem Scharfmacherverbande jeden- falls noch fernstehen, das bewies auch die in Düsseldorf am 13. Oktober abgehaltene außerordentliche Versamm- lung der rheinisch-westfälischen Prinzipale. In der drei- stündigen Debatte griffen die Buchdruckermeister Kaplan Dasbach, Marcour, Theising und Reismann-Grone den neuen Tarif und den Organisationsvertrag sowie unsern Verband und den „Korr.“ mehr oder weniger heftig an. Reismann-Grone meinte, er sei nach eingehendem Studium zu dem Resultate gekommen, der neue Tarifvertrag sei auf Kosten der Prinzipale nur zum Vorteile der Ge- hilfen geschaffen. Auch in dieser Prinzipalsversammlung mußte mit allem Nachdruck betont werden, daß die Ber- liner Vereinbarungen für beide Teile, für Prinzipale und Gehilfen, bindend seien. Es läßt sich heute nicht leug- nen, daß der junge Scharfmacherverband in unserm Ge- werbe in dem Augenblicke lebensfähig wird, wo die Ge- hilfen sich in totaler Verleugung der Lage des Buch- druckerunwürdigen Parteiblättern Folge leisten, an- statt auf ihre augenblicklich so viel geschmähten Führer zu hören, die nicht die Verantwortung tragen wollen und können für ein Zurückschleudern der Organisation in die traurigen Zeiten von 1892 bis 1896. Und daß der Arbeitgeberverband, der rühmt, daß schon eine ganze Reihe von Druckereien in den verschiedensten Gegenden Deutschlands den Beitritt vollzogen habe, seine ganze Taktik auf die Herbeiführung solcher für die Gehilfen- sache verberblichen Zustände einrichtet, läßt diese Stelle wohl deutlich erkennen: „Zwengwische Streikkassen

anzulegen hat der Deutsche Buchdruckerverein nicht für nötig befunden in dem Glauben, daß der durch den Sondervertrag begünstigte Verband der Deutschen Buch- drucker sich dankbar erweisen werde. Unsererseits sind bereits die erforderlichen Schritte zur Sicher- stellung unserer Mitglieder für alle etwa ein- tretenden Fälle eingeleitet. Als weiterer Vorteil für unsere Mitglieder dürfte sich ergeben, daß sich in ihre Druckereien nach und nach alle nichtorganisierten Gehilfen, wie auch die Mitglieder der nicht mit der sozialdemokratischen Partei in Beziehung stehenden Gehilfenorganisationen hineinziehen werden; denn alle diese Elemente werden auf die Dauer aus den dem Vertrage zustimmenden Druckereien herausgebrängt. Unsere Mitglieder haben also die Aussicht, wenn sie im übrigen die entsprechenden Löhne bezahlen und die sonstigen berechtigten Arbeits- bedingungen genießen, die ruhigsten, fleißigsten und zuverlässigsten Gehilfen zu erhalten, und sie werden voraussichtlich von den Stürmern verschont bleiben, die früher oder später über diejenigen Druckereien hereinbrechen müssen, welche dem Vertrage zustimmen und demzufolge alle Gehilfen mit in den Verband hin- einzingen.“ In der Deffauerstraße Nr. 17 in Berlin hat der Scharfmacherverband auch schon ein eignes Se- kretariat etabliert; die Geschäfte kann also losgehen, wenn der von den bewußten Parteiblättern wie 1896 ingenierte Rummel weitere Kreise zieht. Daß die ne- gebundenen Schutzverbände überhaupt gegen die Tarif- gemeinschaft sind, daß sie einseitig die Lohn- und Ar- beitsverhältnisse festsetzen wollen und sonst nur Ver- schlechterungen planen, versteht sich am Bande. Wir fanden den vorstehend erwähnten Anruf des Arbeitgeberverban- des in dem „Kostoder Anzeiger“, dessen Vorgesetzter der Ge- heime Kommissionsrat Volbt ist. Wer eine solche Zän- fere vertritt, muß doch mit den darin zum Aus- druck kommenden Ideen sich identifizieren. Ob Herr Volbt schon Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, wissen wir nicht, die Veröffentlichung in seinem Blatte beweist aber, daß auch schon größere Druckereien in das Garn von Strecker und Tille gelassen sind. In uns liegt es, durch eine Politik der Vernunft zu verhindern, daß nicht auch in unserm Gewerbe die Scharfmacherzeit eine Heim- stätte findet, wie sie in so vielen Gewerben die Ober- hand hat. Wenn wir das verhindern können, indem wir unsere eignen Wege gehen, so müssen wir es tun, ohne danach zu fragen, ob es dem radikalen Teile der Partei- presse gefällt oder nicht. Wie nach 1896 wird die Ar- beitererschaft auch diesmal halb einsehen, daß unsere Spuren nicht abspüren, sie wird ihnen vielmehr folgen, wenn sie stark genug dazu ist. Da liegt eben der Hund be- graben.

Zur Situation.

Vorbei sind die Tage der Tarifverhandlungen, welche die gesamte Kollegenschaft in Spannung erhielten, und hereinbricht, einem Unwetter gleich, die Kritik. Aber was ist das für eine Kritik, die getroffenen Verein- barungen als „schämliche Umachungen“, „abgeartetes Spiel“, „Schleibungen“, „Verrat an der Gehilfenchaft“ u. a. m. zu bezeichnen, oder unsere selbstgewählten Ver- treter als Verräter an der Arbeiterschaft hinzustellen? Gewiß fordern die getroffenen Vereinbarungen zum Wider- spruch heraus, und niemand wird es einem Kollegen verübeln, wenn er seiner Unzufriedenheit über die er- reichten Zugeständnisse seitens der Prinzipale Ausdruck gibt. Es muß dies aber in sachlicher Weise geschehen und darf nicht in persönliche Beleidigungen und Ver- schimpfungen unserer Führer ausarten.

Wobin soll es führen, wenn selbst die Besten unter uns für ihre aufreibende Tätigkeit im Interesse der Ge- samtheit, für ihr Bestreben, das Mögliche für die Kollegen zu erreichen, sich solchen gemeinen Verdächtigungen und persönlichen Beleidigungen, wie sie ihnen in verschiedenen Orten entgegenge schleudert wurden, ausgesetzt sehen. Hier müssen alle rechtlich denkenden Kollegen fest zu unseren Führern stehen, und solche Elemente, die gewöhnlich nur in die Versammlungen kommen, wenn „etwas Los“ ist, ganz energisch in die Schranken zurückweisen, sonst kommt es noch dahin, daß jeder Kollege mit Ehrgefühl es ablehnt, ferner noch ein Amt innerhalb der Organisation zu bekleiden.

Und warum nun diese betrübende Erscheinung? Weil unsere Vertreter die Forderungen der Gehilfenchaft nicht glatt durchsetzen konnten. Ja, ist denn unter den Kollegen, die sich jetzt in maßlosen Angriffen auf unsere Führer nicht genug tun können, wirklich einer, der ge- glaubt hat, daß wir jetzt, da wir 15 Proz. Lohn- erhöhung und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde gefordert haben, dies nun auch be- willigt erhalten? Der wäre wirklich um seinen Optimismus zu beneiden! Daß bei friedlichen Verhand- lungen niemals die Forderungen der einen Seite voll erfüllt werden können, sollte doch für den besten Menschen klar sein. Oder sollten unsere Vertreter etwa die 10 Proz. Lohn-erhöhung ablehnen und den Verband in einen Kampf treiben, dessen Folgen ganz unberechenbar wären?

Dadurch, daß sie das nicht getan, haben unsere Führer gezeigt, daß sie der Situation gewachsen und sich ihrer schweren Verantwortung voll bewußt waren. Sie haben sich durch ihr besonnenes Verhalten bei den Tarifverhand- lungen den Dank der gesamten Gehilfenchaft verdient. Man frage doch nur bei den Kollegen nach, die den 1891er Kampf mit durchgemacht haben und nach Verdingung desselben noch Wochen und Monate lang arbeitslos waren, ob sie die getroffenen Vereinbarungen ablehnen und lieber

in einen Kampf eintreten wollen, der für die Gesamtheit voraussichtlich noch weniger Erfolge bringen würde, als sie von unseren Vertretern auf friedlichem Wege er- ringen worden sind! Es soll damit nicht etwa der Kampf für alle Zeiten demorfen werden.

Aber, Kollegen, legen wir uns einmal ernstlich die Frage vor: Können wir zurzeit einen Kampf wagen? Wohl sind wir eine große Zahl von Mitgliedern, aber sind alle diese Mitglieder auch Kämpfer, sind alle diese Mitglieder bereit, eventuell ihre Existenz zu opfern? Ich sage nein, leider nein. Den Kollegen ist im „Korr.“ zu oft von dem „hohen sozialen Verständnis“ unserer Prinzipale erzählt worden, zu oft ist darauf hingewiesen worden, daß unsere Arbeitgeber den berechtigten Wünschen und Forderungen der Gehilfen „volles Verständnis“ ent- gegenbringen. Dadurch ist ein zu großer Teil unserer Mitglieder denkfaul und zum wirtschaftlichen Kampfe unbrauchbar geworden. Und doch werden wir eine Ver- kürzung der Arbeitszeit nur durch Kampf erringen, wie auch die Auslieferung des Prinzipals Wigenstein in Nr. 41 der „Zeitschrift“ klar erkennen lassen. W. schreibt da u. a.: „Nebenbei war es für uns selbstverständlich, daß von einer weiteren Produktionsbeschränkung in Maschinenjahren, wie sie eine Verkürzung der Arbeitszeit mit sich bringen würde, überhaupt nicht mehr die Rede sein kann.“ (Wenn der Artikelschreiber diese Auslassung als ein Dogma betrachtet, ist das keine Sache; wir messen ihr keine größere Bedeutung bei als einer zu weit gehen- den gegenseitigen Forderung bzw. Behauptung von Gehilfen- seite. Red.) Eine treffliche Beleuchtung für das „hohe soziale Verständnis“.

Für uns aber muß es ein Ansporn sein, bisher Ver- säumtes nachzuholen. Hier wartet noch eine große Auf- gabe des „Korr.“, hier bietet sich ihm ein dankbares Feld, die Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Tarifgemein- schaft nur ein Mittel ist im wirtschaftlichen Kampfe (ist gerade oft genug von uns betont worden. Red.), und daß der wirtschaftliche Kampf gleich dem politischen ein Klassenkampf ist und sein muß.

Warmbrunn.

R. Renck.

Korrespondenzen.

Utsbach. Der hiesige Ortsverein nahm in seiner letzten Versammlung Stellung zu dem vom Gewerkschafts- seitz in Nürnberg gegebenen Bericht über die abge- schlossenen Verhandlungen zur Tarifrevision. Nach Be- kanntgabe der getroffenen Umachungen durch den Vor- sitzenden und längerer Diskussion hierüber kam eine Re- sultation zur einstimmigen Annahme, in der man sich, wenn auch nicht alle Anträge verworfen wurden, mit dem Resultate der Verhandlungen einverstanden und für dasselbe energisch wirken zu wollen erklärte, ferner dem Gehilfenvertreter Dank und Anerkennung aussprach.

Th. Wernsdorf. Zu der am 8. Oktober im „Stadt- theater“ abgehaltenen Monatsversammlung hatte sich die Mehrzahl der hiesigen Kollegen eingefunden. Nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde seitens des Kassierers der Rechenschaftsbericht für das dritte Quar- tal vorgelesen, nach welchem derselbe als ein günstiger für unsern Ortsverein bezeichnet werden darf. Die Mit- gliederzahl betrug durchschnittlich 25. Es wurde be- schlossen, das Stiftungsfest im November durch eine entsprechende Feier zu begehen. In Anbetracht des dem- nächstigen Zusammenritzes des Kreisamtes zur Verhand- lung der Sozialaufschläge hatte der Vorsitzende aus der Statistik des Tarifamtes einige Auszüge gemacht, um die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb unsers Ortes näher zu kennzeichnen. Nach der Statistik wurde nämlich fest- gestellt, daß Wernsdorf, obwohl noch ohne Sozialaufschlag, was Verteuerung der Lebensverhältnisse anbelangt, ganz entschieden in den Vordergrund tritt. Es sind die Preise der täglichen Bedarfsartikel in Verhältnissen zu denen anderer Städte unsers Gaus ziemlich hohe, und es ist bezugnehmend auf unsern Ort, daß fast keine der schleswig- holsteinischen Städte mit Sozialaufschlag das Maß der Steuerabgaben Wernsdorf erreicht hat. Wenn dann noch in Betracht gezogen wird, daß die jetzigen Preise noch höhere sind als die im Jahre 1905, so ist es wohl leicht ersichtlich, daß unsre Lebenslage eine bedeutende Ver- schlechterung erfahren hat. Um den Antrag Wernsdorf auf 5 Prozent Sozialaufschlag energisch zu beschwören, wurde dann auch beschloffen, weiteres statistisches Material zu sammeln und dem Kreisamte zur Verwertung zu über- senden.

sch. Wahrenth. In der am 10. Oktober in der „Vereinsbrauerei“ abgehaltenen, beinahe vollständig be- suchten Versammlung erstattete Gewerkschafts- seitz in zweifelhafte Vortrag Bericht über die Tarifverhand- lungen. Es wurde folgende Resolution einstimmig an- genommen: „Die sehr gut besuchte Versammlung der Mitgliedschaft Wahrenth ist mit den von den Gehilfen- vertretern mit den Prinzipalen vereinbarten Tariffagen und -vertrag einverstanden und verspricht für die strikte Einführung am 1. Januar 1907 eintreten zu wollen, gleichzeitig dankt die Versammlung allen Gehilfenver- tretern für das tatkräftige Eintreten für die Kollegen.“

Wiesfeld. In der am 10. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Ortsvereins Wiesfeld wurde Stellung genommen zu dem neuen Tarif- abkommen. Die Versammlung war von über 200 Kollegen besucht. Der Vorsitzende Franz referierte in längeren Ausführungen über die wichtigsten Punkte des neuen Tarifabkommens und erklärte sich nicht einverstanden mit den getz offenen Vereinbarungen. Er stellte die Forderung auf, daß die Beschloffenen Lohnverhöhung auch sämtlichen über Minimum entlohnten Gehilfen zuteil werden müsse.

Gleichfalls müsse an der zweiten Hauptforderung, Verkürzung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden, festgehalten werden. Sämtliche Redner bezeichneten die getroffenen Vereinbarungen als absolut unannehmbar in ihren Hauptpunkten und forderten unentwegt Festhalten an den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz. Die Stimmung der Versammlung gelangte durch einstimmige Annahme folgender Resolution zum Ausdruck: „Die heute im Saale des Herrn Inbiefel tagende stark besuchte Außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bielefeld lehnt die bei der Tarifrevision getroffenen Vereinbarungen auf das entschiedenste ab. Die Erhöhung der Grundposition um rund 10 Proz. steht nicht im geringsten im Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten. Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung und einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde fest, als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem neuen Tarifabschlusse ihre Zustimmung geben kann. Dieses Verlangen erachtet die Versammlung als um so berechtigter, als das gegenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipalen gemacht wurden. Die Versammlung protestiert aus allen diesen Gründen insbesondere ganz entschieden gegen die Handlungsweise des Zentralvorstandes und der Gehilfenvertreter, diese Abmachungen, ohne die Mitglieder um ihre Meinung zu befragen, definitiv festzulegen. Die Versammlung fordert vielmehr die sofortige Wornahme einer Urabstimmung und eventuell Einberufung einer Außerordentlichen Generalversammlung, um den Willen der Mitglieder unzweideutig zum Ausdruck zu bringen und über neue Maßnahmen zu beraten.“

Bremen. Ueber 300 Bremer und von auswärts erschiene Verbandskollegen haben am 14. Oktober nach zweistündigem Referate des Kollegen Klapproth und ausgiebiger Diskussion unter Anerkennung der Tätigkeit der Gehilfenvertreter den neuen Tarif angenommen.

M.-C. Breslau. (Mitgliederversammlung.) Am 12. Oktober kam die hiesige Kollegenschaft im großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen, um ihrerseits Kritik an dem neugeschaffenen Tarife zu üben, nicht aber mit dem Bewußtsein, alles das, was unsere Vertreter und Führer mit Aufopferung für uns zu erringen versucht haben, in Grund und Boden zu vernichten. Unser Zentralvorstand der Döblin hielt ein Referat über: „Der neue Tarifabschluß“. Redner warf zunächst einen Rückblick auf den alten Tarif und konstatierte, daß durch diesen ein bedeutender Fortschritt in unserm Gewerbe gemacht wurde. Leider habe ein großer Teil sehr wenig daraus gelernt. Wenn es nach einem Teile der Parteipresse ginge, wären wir noch weit zurück. Wir, speziell die Führer, haben lernen gelernt, daß wir auf neutralen Boden stehen müssen. Im politischen Leben kann man sich leicht auf abtrotzigen Boden stellen, die Resolutionen verpacken zu nichts; anders ist es auf gewerkschaftlichem Gebiete. Wenn wir jetzt wieder sehen, wie ein Teil der Parteipresse, ja führende Organe, Zwietracht unter uns säen, so kann man nicht mehr sagen, die Partei fördert die Arbeiterschaft. Was bisher noch keine Gewerkschaft erreicht hat, das haben wir erreicht: ein einheitliches Lohngesetz über ganz Deutschland. Dies ist der Wert unserer Tarifgemeinschaft. Dadurch, daß der neue Tarif vorschreibt, nur gelehrte Geher an der Segmaschine zu beschäftigen, könne es nicht vorkommen, daß wie in Frankreich Mädchen die Maschinen bedienen. Trotz der Einführung der Segmaschine hat sich nicht die Arbeitslosigkeit vermehrt, sondern verringert. Dasselbe sei mit der Beschäftigung der Fall. Vor dem Eingehen in die Tarifgemeinschaft standen 30000 Gehilfen 13000 Lehrlinge gegenüber, nach dem Eintreten geregelter Verhältnisse: 38000 Gehilfen gegen 10170 Lehrlinge. Schwarze Listen, wie sie in anderen Berufen an der Tagesordnung, sind bei uns durch den paritätischen Arbeitsnachweis ausgeschaltet. Man muß bei Beurteilung des Ganzen immer die geordneten, geregelten Verhältnisse in Betracht ziehen. Redner geht hierauf auf die Vorgänge vor den Tarifverhandlungen, speziell auf die Angriffe der Schwarzmacher ein. Daß die Prinzipale zehn Prozent mit schwerem Herzen zugestanden, beweist, daß sie ein Bedürfnis nach Frieden haben. Und man muß sich auch fragen: Ist das, was gefordert wird, auch durchführbar? Der Referent ging sodann auf die Hauptpunkte ein, dabei die Sparten der Maschinenfeger und Maschinenmeister speziell berührend. Was den Vertrag anbelangt, so entfalte derselbe nur eine Verpflichtung, und das ist die: den vereinbarten Tarif in allen Punkten aufrecht zu erhalten und zu beachten. Dagegen tauchen wir aber eine Reihe von Vorteilen ein, z. B. das Eingehen der Prinzipalkasse, die Ausschaltung des Gutenbergsbundes, es sei denn, daß dieser ein andres Fahrwasser einschlägt, usw. usw. Redner verbreitete sich nun des weitern über die Quertreibereien der Parteipresse und verlas einige Stellen über unsern Tarifabschluß aus der „Zeitziger Volkszeitung“, Westfaler „Vorwärts“ und dem Galleschen Parteiblatt. Welchen Sinn diese Blätter ihren Lesern über unsre Tarifgemeinschaft und den Vertrag vorlesen, sollte man kaum für möglich halten. Andere Gewerkschaften können einen noch so geringen Erfolg mit ihren Forderungen erreichen, ja sogar Niederlagen erleiden, so wird von der Parteipresse immer noch ein „Erfolg“ herausgedreht. Ganz anders ist es bei den Buchdruckern, die ja vorbildlich wirken. Es ist an der Zeit, daß diesen Parteiblättern einmal die richtige Antwort zuteil wird. Wir sind immer bestrebt gewesen, das Verhältnis vereinend zu gestalten, aber wenn dies so weiter geht,

müssen wir energisch Front dagegen machen. Redner gab hierauf noch einige Stellen der reaktionären Presse zum besten. Wenn die äußersten Reaktionen und die Ultragrabsalen gegen uns aufstürmen, so sei das ein Beweis, daß wir uns auf der richtigen Fährte befinden und wir werden auf dieser weiterstreiten zum Wohle des Gewerbes. Bedauerlich sei, daß die großen Druckstädte nicht die nötige Einsicht zeigen. Er für seine Person stehe und falle mit diesem Vertrage. Der Vortrag wurde mit großem Beifalle aufgenommen. Kollege Geßner, welcher vor zehn Jahren zu den Tarifgegnern zählte, drückte seine Meinung dahin aus, daß er durch eingehendes Studium belehrt worden ist. So, wie der Prinzipalvertreter zu seinen Kollegen sagen kann: Der Tarif gefällt euch nicht, aber er wird euch zum Nutzen gereichen, so treffe dies auch auf den Gehilfen zu. Kollege Fiedler ist der Meinung, wenn dieser Tarif vollständig in der Provinz durchgeführt ist, dann haben wir einen großen Erfolg zu verzeichnen. Wir dürfen uns nicht nur immer als Großstadtkollegen fühlen, sondern als Verbandskollegen mit gleichen Rechten und Pflichten. Hoffentlich scheitert die Wählerarbeit an dem gefunden Sinne unserer Kollegen. Kollege Steinbrecher bemerkte, daß die Lohnerhöhung nicht den Teuerungsverhältnissen entspreche, was ja auch der „Korr.“ anerkenne. Die Prinzipale besitzen noch lange nicht das ihnen angedichtete soziale Verständnis, nur der Nutzen, den sie von der Tarifgemeinschaft haben, bestimme sie mit uns diese Vereinbarungen einzugehen. Man solle den Prinzipalen, auch vonseiten der „Korr.“-Redaktion, nicht zu sehr in die Segel blasen. Allerdings müsse man mit aller Entschiedenheit die Berliner Vorkommnisse verurteilen. Die Redner müssen doch wenigstens angehört werden. Das Gedaren einiger Parteiblätter sei mit derselben Schärfe zu verurteilen. Einzelne Redner streiften noch die verschiedensten Fragen. Betreffs der 3 Mark über Minimum Entlohnung betonte der Vorkommnisse Fiedler, daß es wohl logisch sei, daß dieselben die entsprechende Verbesserung erhalten werden. Der betreffende Prinzipal könne doch nicht dann einen Kollegen, welchen er wegen seiner Leistungen oder einer gewissen Verantwortlichkeit höher entlohnte, nicht jetzt mit einem niedriger Entlohnung gleich oder gar noch tiefer stellen. Kollege Döblin drückte hierauf, indem er zur Beantwortung verschiedener Fragen und Richtigstellungen das Wort ergriff, seine Freude aus, daß Breslau ein besseres Verständnis der ganzen Sachlage entgegengebracht habe als andere Orte. Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung des Breslauer Buchdruckergehilfenvereins akzeptiert unter Vermeidung der obwaltenden Verhältnisse den neugeschaffenen Tarif der Deutschen Buchdrucker; insoweit er bildet sie in dem Organisationsvertrage und in der Anerkennung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker als alleinigen Tarifkontrahenten Faktor, über geeignet ist, die Sache der Tarifgemeinschaft mehr wie bisher zu fördern und zur vollständigen Durchföhrung zu bringen. Die Versammlung protestiert gegen die Art und Weise, wie einzelne Organe der Arbeiterpresse den Abschluß des Tarifvertrages besprechen und gegen die Führer des Verbandes in Buchdruckerreisen Stimmung zu machen suchen.“ Der Versammlung, welche bis Mitternacht dauerte, schloß sich noch eine kurze gemüthliche Feier an.

Düsseldorf. Die am 14. Oktober abgehaltene, von etwa 350 Mitgliedern besuchte Bezirksversammlung nahm mit allen gegen vier Stimmen eine Resolution an, die den Tarif und den Vertrag ablehnt und den Zentralvorstand beauftragt, eine Außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um über die notwendigen Schritte zu beraten, welche Forderungen den Prinzipalen zu unterbreiten sind.

AU. Essen. Auf den 7. Oktober hatte der Vorstand des Gaues Rheinland-Westfalen die Mitglieder der Bezirke Bochum, Duisburg und Essen zu einer gemeinsamen Bezirksversammlung einberufen, in der insgesamt etwa 800 Mitglieder anwesend waren. Nachdem das Bureau aus den Kollegen Krauß-Essen, Friedemann-Bochum als erster bzw. zweiter Vorsitzender und Luweiler-Duisburg als Schriftführer gebildet, nahm der Gehilfenvertreter Rave-Krefeld das Wort, um zunächst die beschlossenen Wändierungen des Tarifes bekanntzugeben. (Da diese bereits im „Korr.“ veröffentlicht, können sie hier übergangen werden.) Kollege Raves Referat wurde nicht selten von den Versammelten unterbrochen, da die „halbstündige“ Verkürzung der Arbeitszeit und die Bestimmung, daß die zehnprozentige Lohnerhöhung nur denjenigen Kollegen zugute kommen soll, die bis 3 Wfl. über Minimum haben, den Kollegen absolut nicht behagte. Dagegen gab es stürmischen Beifall, als Rave die Kompensationsbestimmungen für Rheinland-Westfalen als aufgehoben bezeichnete konnte. Am Schlusse des Referates lohnte Beifall den Redner, auch Hohen und Mißstimmung machte sich bemerkbar. Die Debatte eröffnete Kollege Steinberg-Bochum: Wir befinden uns in einer eigentümlichen Situation, die dadurch geschaffen ist, daß bisher überhaupt nichts über den Tarif veröffentlicht ist. Das Referat Raves allein kann gründliche Aufklärung nicht schaffen, da keiner in der Lage ist, dem mündlichen Vortrage zu folgen. Der Tarif selbst ist unbefriedigend! Stets hat es geheißen: unter 15 Proz. Lohnerhöhung gibt es keinen neuen Tarif; ganz Deutschland stand einmütig hinter den Gehilfenvertretern, und wenn auf eine Arbeitszeitverkürzung schließlich verzichtet wurde, so hätte doch unbedingt die fünfzehnprozentige Lohnerhöhung Platz greifen müssen. Die jetzt bewilligte halbe Stunde pro Woche sei eine Verkürzung der Gehilfenchaft. (Stürmisches Bravo!) Wenn die

Führer — insbesondere Reghäuser — immer den Standpunkt der Allgemeinheit vertreten, so ist dem entgegenzuhalten, daß Reghäuser von seiner hohen Warte aus nicht mehr empfinden, wie es dem Minimumfeger ausmüte ist. Das Aufstehen des „Schutzverbandes“ hält Redner für eine geschickte „Schiebung“ der Prinzipale, die natürlich dadurch zu eigentlichen Herren der Situation geworden sind. Unter stürmischem Beifalle der Versammlung plädierte Redner für die Ablehnung des Tarifes. Müller-Essen (Maschinenfeger): Vor den Verhandlungen hieß es: keinen Tarif um jeden Preis! Heute heißt es: einen Tarif um jeden Preis. Im „Korr.“ ist seit einem halben Jahre die Verkürzung der Arbeitszeit propagiert worden, jetzt bietet man wägenentlich eine halbe Stunde, das ist eine Schmach für die Gehilfenchaft. Auch mit der zehnprozentigen Lohnerhöhung hat es keinen Haken. Nachherig stellte Redner fest, daß die Lohnerhöhung nur 6, 8, 9 bis 10 Proz. betrage. Die Abschaffung der Kompensierung katholischer Feiertage sei mit Freuden zu begrüßen. Das Minimum des neuen Tarifes aber sei der § 34, die Einführung der Akkordarbeit an den Segmaschinen. Etwas Skandalöses sei noch nie beschlossen und den Gehilfen geboten worden. Akkord ist Akkord und als solcher immer betämpft worden, und jetzt werde dieser „Mor“ erneut eingeföhrt. Eine bedeutende Verschlechterung für die Maschinenfeger bringe der neue Tarif; durch das Berechnen werde der Schuterei Tür und Tor geöffnet, die Konditionslosigkeit unter den Handsehern werde sich erhöhen. Selbst bis aufs äußerste werden die Maschinenfeger kämpfen, um sich gegen den neuen Tarif zu wehren. Luweiler-Duisburg — sehr oft von Mißfallskundgebungen unterbrochen — sprach für die Akzeptierung des Tarifes. Er hielt sowohl die Lohnerhöhung als auch die Abschaffung der Kompensierung für bedeutende Verbesserungen und steht in der „halben Stunde“ einen Durchbruch des Prinzipals der neunstündigen Arbeitszeit. Gauvorsteher Graumann ermahnte infolge der gegen Luweiler beliebten Art und Weise die Kollegen, maßvoll auch den Undersenkenden anzuhören. Graumann nahm keinen Anstoß, zu erklären, daß das Resultat der Tarifverhandlungen in allen Teilen wohl keinen Kollegen vollkommen befriedige. Die Kollegen hätten aber im großen und ganzen keine erschöpfende Kenntnis, in welcher Weise hinter den Kulissen gegen die Tarifgemeinschaft Sturm gelaufen worden sei. Es sei ferner zu bedenken, daß ohne Schmeichelei und ohne Angriff auf unsre Klasse uns Verbesserungen geworden seien. Welche Wohltat sei allein die Aufhebung der Kompensierung! Jede Ausnahmestimmung für Rheinland-Westfalen sei aufgehoben, und wenn man etwa durch die Arbeitsordnungen die Kompensierung wieder einföhren wolle, so liege es doch nur an den Kollegen, solche Forderungen der Prinzipale einfach abzulehnen. Die Gauvorsteherkonferenz sei sich bewußt gewesen, daß den Kollegen vor allen Dingen mehr Ruhe werden müsse, und da mußte denn die Verkürzung der Arbeitszeit weniger in Frage kommen. Dann vor allen Dingen: Wie viel Orte haben wir immer noch in Deutschland, wo es noch Schwierigkeiten geben wird, die zehnprozentige Lohnerhöhung glatt einföhren, da doch auch die Inhaber kleiner und mittlerer Geschäfte gegenüber den Mehraufwendungen entsprechende Entnahmen schaffen müßten? Dazu kommt dann noch der Abschluß des Vertrags der beiden großen Organisationen, gegen den Tillimus und verschiedene Zentrumsorgane mit Eifer gearbeitet haben. Wichtig ist die Einführung achtjähriger Kündigungsfristen; gerade von dieser Bestimmung sollte ausgiebigster Gebrauch gemacht werden. Es ist gesagt worden, daß es die Maschinenfeger sind, aus deren Haut diesmal das Leder für den Tarif geschnitten sei. Redner widerlegte diese Behauptungen und empfahl die Annahme des Tarifes. Klotz-Bochum polemisierte zunächst gegen Luweiler, der darauf aufmerkfam gemacht hatte, daß 480 Kollegen der Versammlung fern geblieben seien. Gegen die Annahme, diese Kollegen als unsichere Rantonnisten zu bezeichnen, protestierte Klotz. Wir hätten keine Ursache, auf die Existenzmöglichkeit einer einzelnen Druckerei Rücksicht zu nehmen, denn wenn hier durch Eingehen einer Druckerei Kollegen arbeitslos würden, so kämen sie eben wo anders wieder unter. Die Art der Berichterstattung sei besonders zu bemängeln. Bei allen Gelegenheiten könne Reghäuser im Handumdrehen spaltenlange Artikel liefern. Jetzt seien „technische“ Schwierigkeiten maßgebend gewesen, den Kollegen den Tarif vorzuenthalten. Den Gehilfenvertretern sei der Vorwurf zu machen, daß sie ihre Pflicht nicht getan haben, sie hätten auf die ungenüheren Lebensmittelpreiserhöhungen keine Rücksicht genommen, die allgemeine Lebenslage erfordere gebieterisch eine größere Lohnerhöhung. Wir hätten bei unseiner Tarifabschlüssen keine Rücksicht auf das Gewerbe, sondern nur Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse zu legen. Die neue Lohnstufung berge ferner eine Verschlechterung derjenigen Kollegen in sich, die im Alter von 23 bis 24 Jahren stehen. Im Jahre 1911 würden wir in einer wirtschaftlichen Krise sein, und dann speise man uns zweifellos mit heißen Ährasen ab. Redner schlug eine Resolution vor, um deren einstimmige Annahme er suchte. Die Kollegen sollten zeigen, daß sie Gewerkschaftler im ganzen Sinne des Wortes seien, die auch vor dem äußersten Mittel nicht zurückschrecken. (Stürmischer Beifall.) Rave gab Auskunft über die tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und in der „Korr.“-Berichterstattung. Herzogwurm-Essen: Daß bei den diesmaligen Tarifverhandlungen nichts (!) für uns herausgekommen ist, das konnte man schon an den frühlichen Besiehern der Prinzipale sehen, dazu bedurfte es nicht erst der heutigen Berichterstattung. Auch Herzogwurm

polemisierte gegen Unweiler, der ja von seiner Position aus gut reden habe. Das Fehlen vieler Kollegen sei daraus zu ergründen, daß die Mehrzahl der Mitglieder das Vertrauen zu den Führern verloren hätte. Im neuen Tarife seien sehr wenig Verbesserungen, aber sehr viele Verschlechterungen. Inzwischen war eine Anzahl Resolutionen eingelaufen, die in mehr oder minder scharfer Form die Ablehnung des Tarifes und neue Verhandlungen des Tarifausschusses forderten. Weiter war ein Antrag auf Einberufung einer Bezirksvorsteherkonferenz da. Angenommen wurde eine Resolution Kloß-Wochum, die den Tarif in seiner jetzigen Gestalt ablehnt und neue Verhandlungen fordert, deren Grundlage die fünfzehnprozentige Lohnerhöhung für alle Gehilfen und eine halbstündige Arbeitszeitverlängerung pro Tag sein sollen. Nach etwa fünfstündiger Dauer wurde alsdann die während der ganzen Verhandlung auf „Sturm“ stehende Versammlung lang- und langsam geschlossen.

Göppingen. Der hiesige Ortsverein nahm am 9. Oktober in einer sehr gut besuchten Versammlung Stellung zum neuen Tarife. Der Vorsitzende bedauerte gleich eingangs, daß den Vertrauensmännern bis jetzt noch keine Unterweisungen oder Mitteilungen geworden seien, die zur Richtschnur ihres Handelns dienen könnten, und daß man deshalb völlig im finstern tappe. Nach langer lebhafter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im ‚Dreikönig‘ versammelten Verbandsmitglieder sehen nach Lage der Sache vorläufig von einem zustimmenden Beschlusse zum neuen Tarife ab, bis denjenigen Kollegen, welche mit mehr als drei Mark über Minimum entlohnt sind, eine Mindestzulage von zwei Mark gewährt wird. Die Versammlung hält ferner an der beantragten Sozialzuschlags-erhöhung für Göppingen unter allen Umständen fest.“

M. Hamburg. Die am 14. Oktober abgehaltene Versammlung des Gaus Hamburg-Altona akzeptierte nach äußerst lebhafter Debatte mit etwa 1400 Stimmen gegen 48 den neuen Tarif und den Organisationsvertrag.

P. S. Genua. (Monatsversammlung am 8. Oktober.) Nach einigen Erledigungen geschäftlicher Natur erstattete der Gehilfenvertreter Dominé-Franfurt Bericht über die abgeschlossenen Tarifverhandlungen in Berlin. Die darauffolgende Diskussion ergab jedoch kein befriedigendes Einverständnis der Genuaer Kollegen mit dem neuen Tarife und kam man zu dem Beschlusse, die endgültige Beschlusfassung auszuschieben, bis ein klares Bild über die Verbesserungen und Verschlechterungen vorliegt, welche aus der neue Tarif bringen soll. Obwohl uns Kollege Dominé erklärte, daß die bewilligte 10prozentige Lohnerhöhung allen Kollegen zuteil werden soll, mit Ausnahme der durchaus altersschwachen, so kommt es aber doch nach dem Berichte im „Korr.“ und den Ausführungen der Blätter zur Kenntnis, daß die bewilligte 10prozentige Lohnerhöhung nur auf den Kollegen zugute kommt, welche nicht mehr als 3 Mk. über Minimum haben. Das hat uns Kollege Dominé anders verdeutlicht. Für diesen Fall würden sich dann allerdings die Genuaer Kollegen dem neuen Tarife nicht so glatt anschließen, da wir von vornherein für eine allgemeine Lohnerhöhung plädiert haben.

Rassel. Unsere am 14. Oktober stattgehabte Versammlung war von über 300 Kollegen besucht. Kollege Dominé-Franfurt referierte. Sie verlief großartig, wenngleich etwas stümmisch, so doch im ganzen sachlich. Den Abmachungen, wenn sie auch nicht befriedigend, wurde doch mit großer Mehrheit zugestimmt, unter der Voraussetzung, daß unsere Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde bei der nächsten Tarifverhandlung unbedingt Würdigung findet. Insbesondere erwartet die Versammlung, daß auch die über 3 Mark über Minimum erhaltenden Kollegen die zehnprozentige Lohnerhöhung erhalten und daß eine entsprechende Erhöhung des Sozialzuschlages eintritt.

Leipzig. Etwa 3000 Mitglieder waren erschienen, um den Bericht über die Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Der Kreisvertreter des VII. Kreises, Kollege Wogenitz, entlegte sich seines Auftrages in ziemlich lebhaftestündigen Ausführungen. Er bemerkte eingangs, daß das Resultat der Verhandlungen unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden möge, daß dasselbe auf Grund friedlicher Vereinbarungen zustande gekommen sei, nicht nach einem die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich schwer schädigenden Kampfe. Nur diejenigen, die die Entwicklung der Organisation, das Auf und Nieder in den wirtschaftlichen Kämpfen unsers Gewerbes innerhalb der letzten Jahrzehnte mit durchgemacht, würden den Unterschied zwischen einst und jetzt zu würdigen wissen und demgemäß auch den Nachstoß für dasjenige finden, was auf neue im Verhandlungswege vereinbart sei. Betrachte man die Erfolge von dieser Warte, dann ergebe sich für uns ein Gewinn — ein Gewinn ohne schwere materielle Opfer der Organisation und des einzelnen. Die diesmalige Tarifrevision habe unter dem Zeichen gestanden: 1. einer durch die Wirtschaftspolitik des Reiches verschuldeten exorbitanten Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel und einer daraus resultierenden entsprechenden hohen Lohnaufbesserungsforderung; 2. eines abguschließenden Vertrags zwischen beiden Organisationen; 3. einer bisher bei keiner Tarifrevision dazugehörigen Preiskontrollkommission seitens verschiedener Scharfmacherorgane. Referent bemerkte, daß zwar diese Verdächtigungen (hauptsächlich der „Post“ und des Stöckerischen „Reichsboten“) keinen offensichtlichen Einfluß auf die Verhandlungen gehabt hätten; die einzige Konsequenz, die diesen Behauptungen zuzuschreiben sei, sei die Aufnahme des Passus in den Organisationsvertrag, der von der Zulassung anderer größerer Vereinigungen

spricht. Doch sei hier keine Besorgnis am Plage, denn was dem als Zuhörer anwesend gewesenen Vertreter des Gutenbergsbundes über dessen Einschätzung als Tarifkontrahent von den Prinzipalen sowohl als unseren Vertretern gesagt worden sei, werde aller Wahrscheinlichkeit nach auch für alle Zukunft bestehen bleiben; andere Vereinigungen kämen ja wohl nicht in Betracht. Den Organisationsvertrag betreffend, betonte Kollege Wogenitz, daß eine Ablehnung desselben für unsere Vertreter nicht in Frage gekommen sei, da derselbe ja nur als eine Konsequenz des in dieser Beziehung auf der Dresdener Generalversammlung gefassten Beschlusses zu betrachten ist. Die Prinzipale hätten ein Interesse an dem Zustandekommen des Vertrages gehabt, da sie glauben, dadurch der Schleuderei im Gewerbe mit bestem Erfolge entgegenzutreten zu können als bisher. Eins sei sicher, daß der Unternehmer nur dann einen entsprechenden Lohn für geleistete Arbeit zu zahlen imstande sei, wenn er einen entsprechenden Preis für das Produkt der Arbeit erhält, was unter den jetzigen Konkurrenzverhältnissen durchaus nicht der Fall sei. Ein Versuch, mit Hilfe starker Organisationen dies zu ermöglichen, sei nicht von der Hand zu weisen, um so mehr, als seitens der Prinzipale erklärt wurde, daß sie ohne Vertrag nicht in der Lage wären, unsere Lohnforderungen und die wegen Verlängerung der Arbeitszeit jetzt und später erfüllen zu können. Dem Zwecke des Vertrages gemäß sei beiden Organisationen von alle Gleichberechtigung gemährt und durch die Zulassung von beiderseitigen Organisationsvertretern zu den schon bestehenden und eventuell zu schaffenden Tarifinstitutionen sei Garantie geboten, daß unsere Interessen nach jeder Richtung volle Würdigung finden. Was die Fassung unseinerseits anbetreift, so sei dieselbe nicht schlimmer als früher. Sei sich jeder seiner Pflicht bewußt gegenüber der Organisation, dann könnten auch schärfere Vertragsbestimmungen uns nichts schaden. Nach der nun folgenden Bekanntgabe des Vertrages, die mit verschiedenen „Wst!“ und „Hst!“ von der Versammlung entgegengenommen wurde, verbreitete sich der Referent dann über den neu zustande gekommenen Tarif. Er betonte, daß ein Mehr auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen gewesen sei. Die Gehilfenvertreter glaubten die Verantwortung für eine Ablehnung des Gebotenen nicht übernehmen zu können, und er unterbreite den Versammelten nunmehr das Resultat der über achtstägigen Verhandlungen mit dem Wunsch, daß sie unter gerechter Würdigung aller Umstände ihr Urteil in Zustimmung dem Sinne fällen möge. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Kollegen Wogenitz. Vor Eintritt in die Diskussion kam ein Geschäftsordnungsantrag dahingehend ein, die Diskussion zu vertagen, da die Versammlung, ohne im Besitze der gedruckten Abmachungen zu sein, nicht imstande wäre, ihre Kritik darzulegen zu können, was es bei herartigen weittragenden Abmachungen unbedingt notwendig wäre. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und wird eine weitere Versammlung endgültig zu dem Resultate der Tarifrevision Stellung nehmen.

Meerane i. S. Die am 10. Oktober abgehaltene Versammlung hat unter Berücksichtigung der zurecht in unserm Gewerbe gegebenen Tatsachen sowohl den neuen Tarif als auch den Organisationsvertrag akzeptiert. Zwar hat man ein „Mehr“ erwartet, aber es muß unseren Gehilfenvertretern trotzdem der Dank für die von ihnen geleistete Arbeit ausgesprochen werden.

W. Regensburg. In einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung erstattete Kollege Seig am 11. Oktober Bericht über die Tarifverhandlungen. Es würde den Raum des „Korr.“ zu stark in Anspruch nehmen, wollten wir die trefflichen Ausführungen des Referenten hier wiedergeben. Daß die Versammlung mit dem Beschlusse des Tarifes ihr Einverständnis erklärte und auch die schwere Aufgabe der Gehilfenvertreter zu würdigen verstand, bewies die einstimmige Annahme der nachfolgenden Resolution: „Die hiesige Mitgliedschaft erklärt sich mit dem Tarifabschlusse einverstanden und beschließt, die hiesigen Prinzipale zu eruchen, die zehnprozentige Lohnerhöhung allen Gehilfen zuzulassen zu lassen. Gleichzeitig spricht sie den Gehilfenvertretern für ihre mühevolle Arbeit Dank und vollste Anerkennung aus.“

Siegen. Die Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker hielt am 6. Oktober ihre Ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Seibert begrüßte die Anwesenden, namentlich auch den Vertrauensmann der Heilbronner Mitglieder, Kollegen Warlow, der keine Mühe scheute, unseren wichtigeren Versammlungen stets persönlich beizuwohnen, und wies dann darauf hin, daß wir jetzt durch die Aufnahme in den deutschen Buchdruckertarif eine bedeutend verbesserte Position errungen hätten. Namentlich die jüngeren Kollegen hätten dadurch bedeutende Vorteile erlangt, da es hier auch noch verschiedene gäbe, die bisher nicht tarifmäßig entlohnt wurden. Auch die Arbeitsverhältnisse würden sich in der Folge für die Kollegen besser gestalten. Nun hies es aber, nicht nur die tariflichen Rechte zu wahren, sondern auch die tariflichen Verpflichtungen voll und ganz zu erfüllen. Die Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung zu diesen Worten. Aus dem Geschäftsberichte ist zu entnehmen, daß unser Zirkular, welches die Provinzkollegen zum Beitritte in unsre Vereinigung aufforderte, leider nur einen, aber dort um so erfreulicheren Erfolg hatte, indem sich nur in Heilbronn fünf Kollegen meldeten. Hoffentlich werden die Kollegen an den anderen Orten, nachdem wir uns alle Mühe gegeben, an ihrer Eider- und Besserstellung mitzuarbeiten, nun auch einsehen, daß es ihr eigenes Interesse ist, sich den organisierten Kollegen ihrer Spezialbranche anzuschließen.

Die Vereinigung zählt jetzt 46 Mitglieder. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt. Ueber eine Frage: „Ist es statthaft, daß Kollegen nach Feierabend noch in anderen Betrieben aushelfen dürfen?“ entspann sich eine lebhafteste Debatte. Es wurde betont, daß nachdem eine Arbeitszeitverlängerung angestrebt worden sei, es ganz ungehörig sei, wenn sich Kollegen dazu hergeben, aus ihrer Tagesarbeit noch in anderen Geschäften Löhnerarbeit zu leisten. Der Verein wird in Zukunft, sowohl bei seinen Mitgliedern als auch bei uns fernstehenden Kollegen, die in tarifreuen Geschäften stehen, darauf achten, daß solche Fälle gebührend gerügt werden; auch gegen Geschäfte, die den Tarif anerkannt haben, sich aber solche Nebenarbeit leisten lassen, soll bei den zustehenden Instanzen Beschwerde eingelegt werden.

Briefkasten.

Veritas in Hamburg: Jeder Teil hat seine Meinung dazu gesagt, deshalb Schluß in dieser Sache. — O. W. in Bienenfeld: Ungehehrt. — U. L. in Peine: Ungehehrt. — M. R. in Niddorf: Sie befinden sich mit Ihrer Nachschrift im Irrtum. Der Satz lautet: „Die Mitgliederzahl stieg von 19684 auf 46000 = 80 Proz. der Berufsangehörigen.“ Damit ist doch gesagt, daß die 46000 Mitglieder 80 Proz. der vorhandenen Berufsangehörigen darstellen. Die Zunahme der Mitgliederzahl seit 1896 beträgt dagegen genau 128,61 Proz. — Dank der von der „Reiziger Volkszeitung“ in Würd und Woden verbonnerten Tarifgemeinschaft. — W. R. in Hamburg: 2,25 Mk. — G. R. in Hannover: 3,30 Mk. — J. B. in Thaleischweiler: Lassen Sie die Hände davon, ist eine Schwindeltasse. Wir haben jetzt keine Zeit, das betreffende Material aus alten Nummern herauszufischen. — Z. in Schleswig: Allen Kollegen bis mit über 3 Mk. Minimum.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, 1.
Gffen. Die Gezer Adolf Remers aus Düsseldorf und Jakob Harle aus Alsfeld sowie der Maschinenmeister Fern. Nthaus aus Barmen werden ersucht, ihren Verpflichtungen ungehäumt nachzukommen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Arbeitslosenunterstützung.

Sauptverwaltung. Da es häufiger vorgekommen, daß längere Zeit außer Arbeit befindliche reisende Kollegen von den Polizeibehörden unter dem Verdachte der Landstreicherei verhaftet worden sind, trotzdem sie im Besitze der Reiseunterstützung des Verbandes standen, sich hierüber aber nicht durch Vorlegung des Quittungsbuches und der Reiselegitimation ausweisen konnten und infolgedessen zu längerer Freiheitsstrafen verurteilt wurden, ersuchen wir die reisenden Kollegen in ihrem eignen Interesse:

1. Die Ausweisepapiere (Verbandsquittungsbuch und Reiselegitimation sowie die „Beschlüsse“) immer bei sich zu führen;
2. im Falle sie von einem Polizeibeamten angehalten werden, sind die vorgenannten Ausweisepapiere dem Beamten vorzulegen und speziell auf den § 1 der „Beschlüsse“ über Reiseunterstützung hinzuweisen mit dem Bemerkten, daß sie täglich eine Unterstützung von 1 Mk. bzw. 1,25 Mk. erhalten und sich auf der Reise befinden, um Arbeit in ihrem Fache zu suchen; ferner ist auf den § 11 der „Beschlüsse“ aufmerksam zu machen, monach die an allen Druckorten befindlichen Funktionäre des Verbandes strenge Kontrolle darüber auszuüben haben, daß die Reisenden auch jede vorhandene bzw. angebotene Kondition annehmen, andernfalls denselben die Verbandsunterstützung entzogen wird; wenn also bereits eine längere Konditionslosigkeit vorliege, so sei dies nicht durch Arbeitsunlust, sondern durch die schlechte Geschäftslage im Buchdruckerverse veranlaßt;
3. wird trotzdem Inhaftnahme verfügt, so ist sofort der nächste Orts- oder Bezirksvorsteher bzw. Reisekassenwahrer von dem Tatbestande in Kenntnis zu setzen und um Reklamation zu eruchen; ferner ist bei dem die Unterstuchung führenden Beamten unter Hinweis auf Quittungsbuch, Reiselegitimation und „Beschlüsse“ Protest gegen die Inhaftnahme zu erheben und sofortige Freilassung zu verlangen, da ein arbeitstuchender Reisender mit täglicher Unterstützung von 1 Mk. bzw. 1,25 Mk. nicht als „substituierbarer Landstreicher“ im Sinne des Gesetzes betrachtet werden kann. — Hat ein Protest Erfolg, so ist dem zur Intervention angerufenen Funktionär hiervon unverzüglich Nachricht zu geben.
4. Nichtbezugsberechtigte und ausgefuerte Reisende haben bei polizeilichen Befestigungen das Quittungsbuch und die in ihren Händen befindliche Karte — worin becheinigt wird, daß sie in allen Druckstädten Unterstützung erhalten — vorzulegen mit dem Hinweis, daß sie unter steter Kontrolle der Verbandsfunktionäre stehen, welche ihnen diese Karte sowie das Quittungsbuch sofort abzunehmen verpflichtet sind, falls sie Arbeitsunlust zeigen und eine angebotene Kondition nicht annehmen würden.

Bei der Inhaftnahme von Mitgliedern, welche das Quittungsbuch oder die Reiselegitimation verfehlt haben resp. welche beim „Fechten“ betroffen und dieserhalb verhaftet worden sind, findet eine Reklamation der Verbandsfunktionäre nicht statt.
(Siehe eine Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 122.

Erstcheinungstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 18. Oktober 1906.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

Versammlungskalender.

Breslau. Korrespondentenversammlung Sonntag den 21. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Grüneiche“, Neuschloßstraße 7.

Bromberg. Bezirksversammlung Sonntag den 25. November in Thorn. Anträge sind bis zum 18. November an Bruno Hietze, Bromberg-Schwedenhöhe, Schulstraße 19, II, einzureichen. Alles Nähere geht den Mitgliedern durch Einladung zu.

Chemnitz. Allgemeine Versammlung Sonntag den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Volkshaus „Kollsum“. **Jarmund.** Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag den 21. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Berkeo“, Alexanderstraße.

Dessau. Versammlung Sonnabend den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schultheiß“.

Freiburg (S.). Versammlung Sonnabend den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Dresden“.

Halle a. S. Versammlung Sonnabend den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zu den drei Königen“, Kl. Klausstraße 7.

Hildesberg. Versammlung Samstag den 20. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Düsselhof“.

Hohenfelsa. Versammlung Sonnabend den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wenzel.

Jena. Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag den 21. Oktober, vormittags 11 Uhr, in Jena.

Kiel. Maschinenhersteller-Versammlung Sonntag den 21. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bahnhöfen-Str. 17.

Köpenick-Friedrichshagen. Versammlung Sonnabend den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Ritter, Bahnhöfenstraße.

Ludwigshafen a. Rh. Außerordentliche Versammlung Montag den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Bier Jahreszeiten“.

Siegen i. W. Versammlung Samstag den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Spieltheater“ (Fr. Waagen).

Wiesbaden. Bezirksversammlung Sonntag den 1. November in Gens. Zeit und Lokal sowie Sagenordnung wird den Mitgliedern bekanntgegeben. Anträge sind bis zum 21. Oktober an den Vorsitzenden Herrn Wacker, Bahnhöfenstraße 17, einzureichen.

— Versammlung Samstag den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Neugasse.

- Gehilfenvertreter: A. Demuth, Hamburg, Kaiser Wilhelmstraße 40.
- Kreis I (Nordwest),** umfassend Provinz Hannover (mit Auschluss der Elbtal), Großherzogtum Oldenburg (mit Auschluss der Fürstentümer Birkenfeld und Sülde), Herzogtum Braunschweig, Freie Stadt Bremen mit Gebiet, Fürstentümer Lippe-Schaumburg, Lippe-De-mold und Pyrmont.
- Prinzipalvert.: Friedr. Diers, i. Fa. Göttemannsche Buchdruckerei, Hannover, Georgstraße 32.
- Gehilfenvert.: Gg. Klapproth, Hannover, Calenbergerstr. 18.
- II,** umfassend die Provinzen Rheinland und Westfalen und Birkenfeld unter Auschluss der Städte Wehlar und Braunsfels.
- Prinzipalvert.: Heinr. Ditto, i. Fa. J. B. Kleinfische Buchdruckerei, Krefeld, Friedrichstraße 41/43.
- Gehilfenvert.: Wilh. Kave, Krefeld, Roßstraße 141.
- III,** umfassend die Provinz Hessen-Nassau, das Fürstentum Waldeck (ohne Pyrmont), das Großherzogtum Hessen und die Städte Wehlar und Braunsfels.
- Prinzipalvert.: Eugen Mahlau, i. Fa. Schürmer & Mahlau, Frankfurt a. M., Mainzerlandstraße 184.
- Gehilfenvert.: Carl Dominé, Frankfurt a. M., Wielandstraße 2, III.
- IVa,** umfassend das Königreich Württemberg, das Großherzogtum Baden, die Hohenzollernschen Lande und die Pfalz.
- Prinzipalvert.: Eugen Rieger, i. Fa. Stähle & Friedel, Stuttgart, Tübingerstraße 53/57.
- Gehilfenvert.: Karl Rnie, Stuttgart, Jakobstraße 16.
- IVb,** umfassend Elsaß-Lothringen.
- Prinzipalvert.: Colaß, i. Fa. Du Mont Schauberg, Straßburg i. E., Langestraße 146.
- Gehilfenvert.: A. Schmolli, Straßburg i. E., Langestraße 146.
- V,** umfassend das Königreich Bayern mit Ausnahme der Pfalz.
- Prinzipalvert.: Kommerzienrat Ludw. Wolf, i. Fa. Dr. C. Wolf & Sohn, München, Jungfernturmstraße 2.
- Gehilfenvert.: Jos. Seig, München, Auenstraße 22.
- VI,** umfassend Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Roburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Neuß ältere Linie, Neuß jüngere Linie, die Provinz Sachsen und die Herzogtümer Anhalt und Sachsen-Altenburg.
- Prinzipalvert.: Wilh. Karras, i. Fa. Ehrhardt Karras, Halle a. S., Steinweg 23.
- Gehilfenvert.: Hugo König, Halle a. S., Göttenstraße 14.
- VII,** umfassend das Königreich Sachsen.
- Prinzipalvert.: Max Richter, i. Fa. Fr. Richter, Leipzig, Königstraße 8.
- Gehilfenvert.: Wolf Wogenitz, Leipzig-Reudnitz, Siltienstraße 16, III.
- VIII,** umfassend die Stadt Berlin mit Vororten.
- Prinzipalvert.: Kommerzienrat Georg W. Bügenstein, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.
- Gehilfenvert.: S. G. Giesecke, Berlin SW 29, Joffenerstraße 25.
- IXa,** umfassend die Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen.
- Prinzipalvert.: Max Neusch, i. Fa. Wilh. Gotth. Korn, Breslau I, Schweidnitzerstraße 47/48.
- Gehilfenvert.: Karl Nordorff, Breslau, Klosterstraße 22/24.
- IXb,** umfassend die Provinzen Pommern und Brandenburg.

Prinzipalvert.: S. Bauchwitz, Stettin, Klosterhof 3.

Gehilfenvert.: Jos. Kirchner, Stettin, Bäderberg 19.

Vierter Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1906.
(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Kreis.
Apenrade: Apenrader Tageblatt, G. m. b. H.
Bremen: Schierenbeck, Karl.
Detmold: Löpp & Wöllner.
Hamburg: Steinede, W.
† Heiligenhafen: Eggers, Joh.
Meppen: Bernsen, G.

II. Kreis.
Bochum: Wwe. Georg Fäbender.
Bonn: Stauber, G.
Dillingen-Saar: Emmerich & Finé.
Dortmund: Neumeßler, Karl; Stephan, Edgar.
Gladbeck: „Gladbecker Zeitung“.
Herne: Anton, W.
Köln: Fröhlich, Th. verw. R. Peters; Hamacher, Jean und Josef; Ribber, J.
Köln-Ehrenfeld: Moshopp, J.
Köln-Lindenthal: Schmitt, Herm.
Krefeld: Lehner, C. Aug.
Lübberscheid: Graphische Kunstanstalt, A. Diebedach & Co.
Mendenheim: Geeg, Ed.
Mörs: Bannen, Gerhard.
M.-Gladbach: Buffen, Peter.
Neuß: Schröder, G.
Ostrop: Vereinigte Zeitungen.
Rietberg: Wähle, W.
Spröckhövel: Steinbeck, Rud.
Stollberg: Fischer, Rich.
Ulla: Zymmentamp, G. (G. Menz).
Waldbröl: Haupt, Chr.
Zanten: Weiland, Herm.

III. Kreis.
Frankfurt a. M.: Fink & Giesecke, G. m. b. H.
Hamburg v. d. H.: Schudt, Heinrich.

IV. Kreis.
Brackenheim: Knapp, G. (Ziegler Nachf.)
Heilbronn: Oswald, Adam.
Lichtental: Steinhauser, Wilhelm.
Schw.-Gmünd: Jäger, Karl.
Stöckach: Will, Karl.
Ueberlingen: Weir, Wilhelm.

V. Kreis.
Hofheim: „Vote vom Hagau“.
Lindau: Thirma, J. B.
Pottenstein: Henkelmann, Georg.
Straubing: Wötter, M. A.

VI. Kreis.
Halle a. S.: Buch- und Kunstbuckerei Gutenberg.
Sonnenberg: Richhorn, August.

VII. Kreis.
Aue: Beuthner, G. M.
Bischofsverba: Paulob, Karl.
Dresden: Northmann, Amandus; Rohbach Emil.
Eisenberg: Hartmann & Dertel; Seyboth, Aug. G.
Eitra: Unger, M.
Heidenau: Briefumschlagfabrik Heidenau.
Leipzig: Vollenfus, Friedrich; Gärtel, W. und Br.
Neustadt: Mißbach, Julius.

VIII. Kreis.
Berlin: Barthe, Robert; Funt, Paul; „Hühnig“.
Guben: Scholz, G.

IX. Kreis.
Sprottau: Kliner, Heinrich.
Stargard: Feinert, Otto.

Schiedsgericht Hildesheim: Prinzipalvorsitzender: Dr. phil. U. Gerstenberg.
Berlin, 13. Oktober 1906.
Georg W. Bügenstein, A. G. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Schweizerischer Typographenbund.

St. Gallen. Dem gegenwärtig im Obergau auf der Reise befindlichen Seher Anton Fleischmann aus Mosbach (Baden) wurde angeblich sein Verbandsbuch (ausgestellt 1901 in Winterthur, Nr. 4797) gestohlen. Bei Verhaftung desselben bitten wir um Abnahme und Einlieferung an G. Stäge, Speicherstr. 24. Fleischmann stand zuletzt in Miltfatten (Schweiz) und erhielt nun ein neues Buch ausgestellt.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Bekanntmachung.

Zur Beratung der bereits vorliegenden Anträge auf Neueinführung oder Abänderung von Lokalzuschlägen berufen wir hiermit die Kreisämter der zwölf Tarifkreise in der Woche vom 12. bis 18. November zu Sitzungen an den Kreisvororten zusammen.

Die von uns mit den Anträgen zur Tarifrevision durch „Zeitschrift“ und „Korrespondent“ bereits am 30. August bekanntgegebenen Abänderungsanträge zum § 39 des Tarifes sind von den Kreisämtern als ordnungsgemäß eingereichte Anträge zu übernehmen und unterliegen der Beratung und Beschlussfassung durch die Kreisämter. Etwaige weitere Anträge müssen dagegen bis spätestens den 27. Oktober direkt bei den Kreisämtern eingereicht sein; Anträge der Prinzipale bei dem Prinzipalvertreter, Anträge der Gehilfen bei dem Gehilfenvertreter. Die rechtzeitige Einreichung der Anträge ist spätestens den 28. Oktober zwischen den beiden Kreisvertretern festzustellen.

Ort, Lokal und Tag des Zusammentrittes der einzelnen Kreisämter werden rechtzeitig durch „Zeitschrift“ und „Korrespondent“ bekanntgegeben werden.

Die Einteilung der Tarifkreise und die Adressen der Kreisvertreter lassen wir hiermit folgen:

Kreis I (Nord), umfassend Hamburger Staatsgebiet, die Elbtal, Provinz Schleswig-Holstein und Herzogtum Lauenburg, Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Freie Stadt Lübeck und Gebiet, Fürstentum Lübeck.

Prinzipalvertreter: F. M. A. Jeye, i. Fa. Schröder & Jeye, Hamburg, Kleine Reichenstraße 9/11.

Buchdruckerei
in Königsberg i. Pr., im Betriebe, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Reflektanten wollen sich melden unter W. N. 109 durch Hausen & Wegler, A.-G., Königsberg i. Pr. [979]

Gutbes. d. Berliner Druckerei
ist wegen Auseinandersetzung jetziger Inhaber unter äußerst günstigen Bedingungen zu übernehmen. Objekt besteht aus zwei Buchdruck- und Druck- und drei Schmelzmaschinen, Stereotypie und Kalyptrarat. Wöchentliche Zeitung. Erforderlich 5500 Mk. Werte d. Herten unter K. H. 978 an die Geschäftsstelle, d. Bl. erb.

Wir suchen zum baldigen Eintritt für dauernde Stellung einen ersten
Akzidenzsetzer
der namentlich im modernen Satzarrangement Hervorragendes leistet.
Friedrich & Joenen, Essen-Ruhr. [963]

Für Druckereien!
Reparaturen, Nachschneiden an Mischwee, Autotypie, Bistographische Vorarbeiten usw. übernimmt ein langjähriger tätiger Drucker (Buchmann) in einer ersten. Anstalt. Werte d. Herten erb. [965]
H. Dorn, München, Müllerstr. 52, IV., I.

Die Buchdrucker-Woche gelangt nachweislich regelmäßig zweimal wöchentlich an die sämtlichen etwa 9600 in Deutschland befindlichen Buch- und Steindruckereien, lithographischen Anstalten sowie sonstigen graphischen Firmen.
Gesamtauflage z. Zt. **13000 Exemplare.**
*
Vierteljährlicher Abonnementpreis **nur 80 Pfennig**
für 26 Nummern.
Bestellungen nur bei der Post.
*
Kostenlose Aufnahme von Stellen-Gesuchen bis zu 3 Zeilen, dann 20 Pfg. pro Zeile.

Vertrauensleute der Gehilfenschaft in Deutschlands Buchdruckereien.

Gemäss unsers Anerbietens vom September d. J. haben wir ab 1. Oktober an die uns bekanntgegebenen Vertrauensleute unter der Adresse ihrer Arbeitsstelle, die gewünschte Anzahl von Exemplaren unsres Blattes kostenlos durch die Post überwiesen. Wo eine Auslieferung bis jetzt noch nicht erfolgt ist, liegt dies an dem Postamt des betreffenden Bezirks, weshalb man da sofort Nachfrage halten möge. Druckereien, in denen das Personal die »Buchdrucker-Woche« noch nicht durch ihren Vertrauensmann zu lesen bekommt, wollen uns sofort Adresse mit Angabe der Gehilfenanzahl aufgeben. Es erfolgt dann sofort die Überweisung auch an diesen Vertrauensmann.

972] Geschäftsstelle der Buchdrucker-Woche, Berlin SW. 68.

Lüchtiger Metteur

für Text und Annoncentext einer Tageszeitung gesucht. Worte Offerten mit Gehaltsansprüchen, Eintrittszeit und näheren Angaben erbeten an
Karl Giesel, Buch- und Kunstbruderei, Bayreuth. [968]

Galvanoplastiker

am liebsten militärfrei, tüchtig im Formen und Aufbeden, zum sofortigen Antritt gesucht.
J. Ch. Zanter in Nürnberg. [956]

Charlottenburg.

Sonntag den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volks- und Gewerkschaftshaus“
Verammlung. Vortrag des Herrn E. Kaufmann: „Wie kann sich der Arbeiter weiter ausbilden?“ Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch wird gebeten.
Der Vorstand. [980]

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.

Mittwoch den 31. Oktober (Reformationsfest) in sämtlichen Räumen des „Erianos“:

Ein Ausflug ins Untental.

Einlaß 1/2, 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 3 Uhr.
Eintrittskarten sind nur vorher zu entnehmen beim Verwalter
S. Steinbrück, Mathildenstraße 7, im Zigarrengeschäft des Kollegen Paul Schalle, Gerofstraße 11, sowie bei sämtlichen aktiven Mitgliedern. [976]

Cypograph. Gesellschaft, Hamburg.

Außerordentliche Generalversammlung [961]

am Sonnabend den 20. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant „Karlshof“, Ecke Bismarck- und Schönheitsstr. Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes; 2. Berichtsverlesung; 3. Sachverständigen-Ratgeber; 4. Ergänzungswahl zum Vorstand; 5. Berichterstatter über den zweiten Verbandstag des Verbandes der Deutschen Cypographischen Gesellschaften; 6. Beschlußes. **Der Vorstand.**

Maschinensetzervereinigung Gau „An der Saale“ (Sitz Magdeburg).

Sonntag den 21. Oktober, Dessau im „Hotel Schuttlisch“, Außerordentliche Generalversammlung 1906 (der neue Maschinensetzer). Die Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht der Mitglieder über die Tarifverhandlungen; 3. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 4. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 5. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 6. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen. Die Teilnahme am Mittagessen (à 1 Mk.) ist dem Kollegen Langer, Reichstraße 54, mitzuteilen. **Der Vorstand.** [975]

Lüchtiger Abzenseher

selbständig und flott arbeitend, sucht Stellung. Sachver. oder Ehrentitel bevorzugt. Muster und Zeugnisse auf Wunsch. Werte Offerten unter Nr. 966 an die Geschäftsstelle d. W. erb.

Maschinenmeister

für König & Bauerische Motoren sowie tüchtig im Fachdrucke gesucht.
H. Sauer & Co., „Volksblatt“, Gerdburg. [971]

Maschinenmeister

Süngerer, tüchtiger
Maschinenmeister
gesucht. Werte Offerten erbeten an
Albert Heins, Rottbus. [978]

Christgießer

der mit der feinsten Handmaschine verfahren ist, sofort gesucht.
Strasburger Druckerei und Verlagsanstalt
Rudwigstraße 15, Straßburg i. Elß.

Merorts

hude Herren u. Verk. erfl. Wollnachtsartikel nebst übernehmen. Hoher Verdienst. Kost. kostenlos an Jedermann.
Herrn Wolf, Zwickau (Sachsen), Nordstr. 30. [984]

Darmstadt.

Sonntag den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Hotel Schuttlisch“, Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 2. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 3. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 4. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 5. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 6. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen. Die Teilnahme am Mittagessen (à 1 Mk.) ist dem Kollegen Langer, Reichstraße 54, mitzuteilen. **Der Vorstand.** [975]

Flensburg.

(Vorläufige Anzeiger) Sonntag den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: **Verammlung.** Tagesordnung: Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen. Die Kollegen der Umgegend sind zur Teilnahme eingeladen. [964]

Liedertafel Typographin, Hannover

— Dirigent: Herr S. Imelmann —
Sonntag den 21. Oktober im „Königsplatz“:
Konzert (32. Stiftungsfest).

Witwenvereiner

Fräulein Clara Münch (Sopran), Herr S. Imelmann (Violin), Herr S. Imelmann (Klavier).
Anfang 5 Uhr. **Der Vorstand.** [962]

Zittau. Zittau.

Sonntag den 21. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Volks- und Gewerkschaftshaus“:
982

Verammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstatter des Gehilfenvertreters Wogenitz aus Seipzig; 2. Diskussion.
Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierzu eingeladen.

Hochelegante Wandteller Johannes Gutenberg Buchdruckerwappen



in kupferlegiertem, künstlerisch geprägtem Metallrande und Bildnis in farbenprächtiger Opalmalerei.

— Größe: 25 cm im Durchmesser. —
Bildeinsatz in Opalmalerei auf konvex gebogenem Glase.

Wappen in den Buchdruckerfarben und der Inschrift: „Verband der Deutschen Buchdrucker“.

Preis statt 2,50 Mk. nur 1,50 Mk. pro Stck.

Die Wandteller sind auch vorhanden mit den Bildnissen von Härtel usw.

Auf Wunsch Ansichtsendung und Versand in Rechnung!

Max Schmitz, Kunststadt, Leipzig-R., Kronprinzstrasse Nr. 19.

Wo noch nicht vorhanden, Vertreter gesucht!

Buchführung

Ein neuer Fernkursus zur Erlernung der Buchführung in Buchdruckereien beginnt am 1. November.

Teilnehmer wollen sich sofort melden bei

Julius Mäser, Graphischer Verlag, Leipzig-Reudnitz. [960]

Typographia-Berlin.

Sonntag den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Rubes Festale“, Alte Jakobstraße 76:
Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes; 2. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 3. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 4. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 5. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen; 6. Bericht des Berichterstatters über die Tarifverhandlungen. Die Teilnahme am Mittagessen (à 1 Mk.) ist dem Kollegen Langer, Reichstraße 54, mitzuteilen. **Der Vorstand.** [975]

Sonntag den 4. November, vormittags 10 Uhr, im „Dabels Brauerei“, Bergmannstraße 5:

Humoristischer Herren-„Abend“

verbunden mit

Einbreissen.

Besetzungen auf Einbreisse à 1,10 Mk. werden bis zur Generalversammlung erbeten.
Der Vorstand. [977]

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Konrad Götter), Seipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“

Geber vorwärtsstrebende Abzenseher

muß sich das mit etwa 300 Sachverständigen selbsterprobter Einlen ausgestattete Fest- „Zeitung“ Einlen für Abzenseher“ für 1 Mt. von Alfred Wendler, Danzig, unbedingt schicken lassen.

Die Beileidigung, welche ich am 22. August in Sauer gegen den Schriftföher Emil Lippelt äußern ließ, nehme ich zurück und beste Beileide.
H. Hamm. [967]

Am 13. Oktober verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer

Emil Lamers

im Alter von 26 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Krefeld. [981]

Im postaltischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Gebildungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an Konrad Götter adressieren.